

Zur Kritik der Nachrichten über den älteren Bergbau am Rammelsberge bei Goslar.

Von

Karl Frölich.

(Mit 1 Tafel.)

Der Ursprung des Bergbaus bei Goslar und die Verfassungs-, Besitz- und Betriebsverhältnisse in dem ersten Jahrhundert seines Bestehens liegen völlig im Dunkeln. Es läßt sich lediglich vermuten, aber nicht urkundlich belegen, daß die Silberschätze des Rammelsberges nach ihrer wahrscheinlich unter Otto I. erfolgten Entdeckung anfänglich von der Pfalz Goslar aus im Eigenbau der königlichen Kammer ausgebeutet sind. Auch für die Folgezeit sind zunächst nur spärliche und keineswegs immer zuverlässige Nachrichten vorhanden.¹

Während hierüber im allgemeinen bei den neueren Schriftstellern, die sich mit dem Goslarer Bergwesen beschäftigen², Einverständnis herrscht, treten im einzelnen vielfach Meinungsverschiedenheiten zutage.³ Fast stets wird ein Teil der Quellen als nicht einwandfrei oder

¹ Vgl. Neuburg, Goslars Bergbau bis 1552 (Hannover 1892), S. 1, 8; Der Einfluß des Bergbaus auf die erste Entwicklung der Forstwirtschaft in Deutschland (Erlangen und Leipzig 1901, S. A. aus der Festschrift der Universität Erlangen), S. 239; Zycha, Das Recht des ältesten deutschen Bergbaues bis ins 13. Jahrhundert (Berlin 1899), S. 113.

² Außer Neuburg und Zycha siehe z. B. Weiland, Goslar als Kaiserpfalz, Hans. Geschichtsbl. 1884, S. 1—34; Wolfstieg, Verfassungsgeschichte von Goslar bis zur Abfassung der Statuten und des Bergrechts (Berlin 1885); Schmoller, Die geschichtliche Entwicklung der Unternehmung, Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft XV, S. 660—710, 963—1029; Opet, Das Gewerkschaftsrecht nach den deutschen Bergrechtsquellen des Mittelalters, Zeitschr. f. Bergrecht XXXIV, S. 218—252, 293—371; Silberschmidt, Die Entwicklung der Gewerkschaft, Zeitschr. f. d. ges. Handelsrecht 71, S. 193—226; Arndt, Zur Geschichte und Theorie des Bergregals und der Bergbaufreiheit (2. Aufl., Freiburg 1916), S. 99—102.

³ Die früheren Darstellungen der Geschichte und Verfassung des Goslarer Bergbaus (vgl. Schmoller, S. 661 Anm. 3) lassen fast ausnahmslos eine ausreichende Quellenkritik vermissen. Zu nennen sind hier v. Dohm, Über Goslar, seine Bergwerke, Forsten und schutzherrliche Verhältnisse, Hercynisches Archiv

unmittelbar als gefälscht bezeichnet, die Ansichten darüber aber, welche Zeugnisse als echt zu betrachten und welche als zweifelhaft auszuschneiden sind, gehen weit auseinander. Man kann behaupten, daß es kaum eine einzige wichtigere Urkunde oder sonstige Aufzeichnung über die ältere Bergwerksverfassung von Goslar gibt, bei der nicht Streit über die Echtheit oder Unbedenklichkeit besteht.

Bei dieser Sachlage empfiehlt es sich, die Mitteilungen, welche über die Anfänge des Goslarer Bergbaus erhalten sind, einmal im Zusammenhange einer Prüfung zu unterwerfen. Da bei ihrer überwiegenden Mehrzahl einer Beteiligung des Stiftes Walkenried an den Rammelsberger Gruben gedacht wird, so geschieht es am zweckmäßigsten in der Weise, daß der Erörterung in der Hauptsache die Überlieferung, die den walkenriedischen Bergbau bei Goslar betrifft, zugrunde gelegt wird. Im Anschlusse hieran sind nur noch einige wenige Aufzeichnungen zu besprechen, die sich nicht oder wenigstens nicht in erster Linie mit dem Bergbau des Klosters am Unterharze befassen. Berücksichtigung finden dabei lediglich solche Urkunden und Nachrichten, die für die Erkenntnis der früheren Bergwerksverfassung wichtig sind, während Hinweise anderer Art von der Betrachtung ausgeschlossen bleiben.

Die ersten Urkunden, welche den Bergbau des Stiftes Walkenried am Rammelsberg behandeln¹, stammen, wenn man von einigen alsbald zu erwähnenden Fälschungen absieht, erst aus dem 13. Jahrhundert. Das, was über die Beziehungen des Klosters zum Goslarer Bergbau vor dieser Zeit berichtet wird, geht zurück auf chronikalische Quellen, nämlich das gedruckte Chronikon Walkenredense von Eckstorm² und die handschriftliche Hinterlassenschaft des Goslarer Gemeindegewaltshalters Erdwin von der Hardt.³

(Halle 1805), S. 377—440; Meyer (F. J. F.), Goslarsche Bergwerksverfassung und Bergrechte, ebda. S. 186—236; Versuch einer Geschichte der Bergwerksverfassung und der Bergrechte des Harzes im Mittelalter (Eisenach 1817). Vgl. ferner Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg I (Göttingen 1853), S. 608; Max, Geschichte des Fürstentums Grubenhagen I (Hannover 1862), S. 5, Anm. 4.

¹ Über die Beteiligung des Klosters am Bergbau im allgemeinen s. Jacobs, Zeitschr. des Harzvereins f. Gesch. u. Altertumskunde 1870, S. 358, 359; Leuthold, N. Arch. f. sächs. Gesch. u. Altertumskunde 10, S. 304f.; Bode, U. B. Goslar II. Einl., S. 104, 105. — Das U. B. Goslar wird im folgenden in der Regel als U. B. ohne weiteren Zusatz angeführt.

² Helmstedt 1617.

³ Das städtische Archiv in Goslar weist an Aufzeichnungen von der Hardts drei Foliobände auf: a) Antiquitäten der Stadt Goslar, b) *Repertorium Goslariensium Antiquitatum*, c) *Compendium Antiquitatum Goslariensium* (s. auch die Angaben bei Hölscher, Beiträge zur Geschichte von Goslar, 2. Erdwin von der Hardt, Zeitschr. des Harzvereins f. Gesch. u. Altertumskunde 1895, S. 646—657). Außerdem befindet sich noch eine geschriebene Goslarer Chronik von der Hardts in Privatbesitz (vgl. Hölscher, S. 648; Bode, U. B. III. Einl., S. XIII, unter Ziffer 9).

Um die letztere vorwegzunehmen, so enthält die vor allem in Betracht kommende Hardtsche Chronik eine Reihe von Behauptungen, die nicht mit Belegen versehen sind und die sich, worauf schon Neuburg¹ aufmerksam gemacht hat, teilweise widersprechen. Nach ihr soll zunächst im Anschluß an eine Periode des Eigenbetriebes durch die königliche Kammer im Jahre 1080 durch Heinrich IV. eine Gewerkschaft gebildet und mit den Gruben belehnt sein, die sich aus der Stadt Goslar, den dortigen Stiftern St. Simonis et Judae und St. Petri, sowie dem Kloster Walkenried zusammensetzte.² Im Jahre 1137 sei eine neue Verleihung erfolgt, bei der die Goslarer Stifter St. Simonis und Petri und das Kloster Neuwerk zusammen zur Hälfte, das Stift Walkenried mit einem Viertel und der Rat von Goslar und die Goslar eigentümliche Bergkorporation der Montanen und Silvanen³ mit dem Reste beteiligt waren. Im Jahre 1157 soll dagegen wieder die Beleihung von 1080 bestätigt worden sein.

Über die Persönlichkeit von der Hardts und seine Leistungen als Geschichtsschreiber hat sich Hölscher geäußert.⁴ Wie aber Bode⁵ mit Recht betont, ist das Urteil Hölschers über von der Hardt zu milde ausgefallen. Bode selbst kennzeichnet von der Hardt als einen geschickten und gewissenlosen Urkundenfälscher, und man wird diesem Urteil im allgemeinen beistimmen müssen, obgleich die Fälschungen von der Hardts nach der Erschließung des Goslarer Urkundentums viel an Gefährlichkeit verloren haben. Begegnen unter den zahlreichen Notizen von der Hardts gelegentlich auch solche, denen ein wahrer Kern zugrunde liegt oder die sogar auf völlig einwandfreien Unterlagen beruhen, so können doch die meisten Nachrichten von der Hardts aus älterer Zeit, die nicht durch andere Zeugnisse zu bekräftigen sind, in der Regel ohne weiteres als Erfindungen angesprochen werden. Irgendwelche Bedeutung ist daher den durch keinerlei Quellenangaben gestützten Darlegungen von der Hardts über diese ältesten Gewerkschaften nicht beizumessen.⁶

Etwas Ähnliches muß aber auch gesagt werden von der Mitteilung in Eckstorms Walkenrieder Chronik zum Jahre 1157.⁷ Hier wird

¹ S. 17 Anm. 1.

² Neuburg, S. 15, 16. Nach Neuburg, S. 16 Anm. 1 hat v. Dohm eine ähnliche Nachricht bereits zum Jahre 1075, die aber anscheinend ebenfalls auf von der Hardt zurückgeht und keinen Wert besitzt (vgl. v. Dohm, S. 382, s. auch Max I, S. 5 Anm. 4). Zur Charakteristik des Aufsatzes v. Dohms s. Neuburg, S. 6, sowie Bode, Harz-Z. 1892, S. 333, 334.

³ S. über diese Neuburg, S. 286f.

⁴ Harz-Z. 1895, S. 650f.

⁵ UB. III. Einl., S. XIV. Vgl. auch Neuburg, S. 12, 16 Anm. 1, 17 Anm. 1.

⁶ Siehe Weiland, Gött. gel. Anz. 1893, S. 314f., der bei Neuburg eine zu weitgehende Berücksichtigung derartiger Nachrichten tadelt.

⁷ S. 50.

bemerkt: „*Friedericus I., Rom. Imp., Monasterium in Imperii protectionem suscepit, dedit ipsi quartam partem Rammelbergi Goslariensis cum libera potestate permutandi res et bona sua cum sacri Rom. Imp. subditis. Acta haec sunt Goslariae in palatio Caesaris*“. Die Richtigkeit dieser Angabe, die in eine Anzahl späterer Darstellungen übergegangen ist¹, wird von Weiland² in Zweifel gezogen mit der Begründung, daß die echte Urkunde Friedrichs I. vom 23. VI. 1157³ von der Schenkung des vierten Teiles des Rammelsberges nichts enthalte und daß die Bestätigung des Klosterbesitzes durch den Kaiser aus dem Jahre 1188 nur die Hütten im Harzwalde erwähne⁴, während des Goslarer Bergbaus des Klosters erst in einer Urkunde Ottos IV. vom 24. XII. 1209⁵ gedacht werde. Zycha⁶ erklärt die Schlußfolgerung Weilands aus der Urkunde vom 23. VI. 1157 für nicht zwingend, jedoch spricht der Umstand, daß in dieser Urkunde von einem Bergbau des Klosters am Rammelsberge überhaupt nicht die Rede ist, daß auch aus dem Zusammenhang der übrigen Urkunden nichts für die behauptete Schenkung Friedrichs I. entnommen werden kann und daß sonstige Zeugnisse vollständig fehlen, meines Erachtens überzeugend für die Ansicht Weilands.⁷

¹ Vgl. Neuburg, S. 17 Anm. 1. S. auch Leuthold, S. 310 Anm. 10, S. 319; Zycha, S. 116f.; Arndt, S. 101.

² Hans. Geschichtsbl. 1884, S. 33 Anm. 2. S. ferner Gött. gel. Anz. 1893, S. 315.

³ UB. Walkenried I, 14 (im Auszuge gedruckt UB. Goslar I, 239). In der in Goslar ausgestellten Urkunde verleiht der Kaiser dem Kloster das Recht, mit Ministerialen und Leuten des Reichs einen Tausch über Reichsgut bis zu drei Hufen einzugehen. Das Privileg wird später mehrfach bestätigt (UB. Walkenried I, 27, 70, 86, 125). Wegen seiner Bedeutung vgl. K. Beyerle, Die Pflieghaften, ZRG². 35, S. 293 Anm. 1; Philippi, MJÖG. 37, S. 52, 53.

⁴ UB. Walkenried I, 27: „*insuper et casas in nemore Harte . . .*“. Das Regest UB. Goslar I, 321 verlegt ohne nähere Begründung diese Hütten an den Rammelsberg.

⁵ UB. Walkenried I, 70 (nicht völlig genaues Regest UB. Goslar I, 380): Der Kaiser bestätigt als Güterbesitz des Klosters u. a. „*curiam et areas, quas possidet praedictum monasterium in Goslaria, cum universo emolumento, quod ibidem habet in monte, et casas conflatorias, quas habet in memore*“.

⁶ S. 117 Anm. 130.

⁷ Auch nach UB. Walkenried I, Einl. S. XIV, soll das Kloster vermöge einer Schenkung des Kaisers Friedrich I. Anteil am Ertrage der rammelsbergischen Bergwerke gehabt haben. Allein die hierfür angeführten Urkunden (UB. Walkenried I, 27, 176, 584) sind in dieser Hinsicht nicht beweisend. Über Nr. 27 s. oben Anm. 3 und 4. Ebenso bezieht sich die Urkunde König Heinrichs VII. vom 24. IV. 1231 (Nr. 176) allgemein auf die Benutzung des Harzwaldes durch das Kloster, wobei die Erwähnung der Grafen von Hohnstein auf den Südharz deutet („*. . . quod eccl. Walkenride . . . cum foresto, quod Harz dicitur, ordinet et disponat ea, quae ad usus suos cedere possint liberaliter, ita tamen, quod comiti Diettrico de Hohinstein singulis annis conferat XII marcas argenti, sicut continet ipsorum privilegium*“). Endlich bezeugt Nr. 584 (1297) lediglich einen Verzicht auf Ansprüche gegen das Kloster Walkenried „*super partibus in montibus dictis Rupenberg aut aliud ubicunque in nemore dicto Hart*“. Da es sich um Besitzungen der Ritter Hugo und

Ebenso fällt der Versuch Meyers¹, das Bestehen einer Gewerkschaft zwischen dem Kaiser, einigen Goslarer Stiftern und dem Kloster Walkenried aus einer Urkunde von 1178 abzuleiten, in sich zusammen, da diese Urkunde ebenfalls nicht als echt zu betrachten ist.

Die angebliche Urkunde von 1178 ist zusammen mit einer Aufzeichnung vom 25. V. 1151 zuerst in Holzmanns Hercynischem Archiv² abgedruckt und von hier unter Kennzeichnung ihrer Unechtheit in das Goslarische Urkundenbuch übernommen.³ Nach der Urkunde vom 25. V. 1151 verzichteten Wedekind und Herzo von Stapeln, jetzt von Goslar genannt, nach der Übertragung der alten Pfalz Werla nach Goslar dem Grafen und den Gaugenossen gegenüber auf das Recht des Wiederaufbaus der Pfalz. In der Urkunde von 1178 bezeugen Giselbert und Herzo von Goslar unter Hinweis auf die nach der Urkunde vom 25. V. 1151 erfolgte Verlegung ihres alten Wohnsitzes von Stapelhof nach Goslar einen zwischen ihnen und dem Vogte und den Bürgern von Goslar ausgeführten Tausch, nach dem sie den letzteren ihr gesamtes Eigengut im Harzgau in der Grafschaft des Grafen Adalbert gegen Überlassung von Gruben am Rammelsberge abtreten. Hier wird eine Beteiligung Walkenrieds am Rammelsberger Bergbau erwähnt, da die Herren von Goslar zum Ausgleich erhalten sollen „*quartam ejusdem partis montis cavernarum, quas imperator civitati in societate illorum de Walckenred et sanctorum Simonis et Judae et Matthiae nuper gratiosissime contradidit ad sibi et ipsis in tali parte collaborandum, prout compacta docent et tempora deo favente suppeditabunt usufruendum*“.

Beide Urkunden, deren Originale nicht vorliegen⁴, stellen sich als Fälschungen dar.⁵ Sie konnten jedoch hier nicht übergangen werden, da wenigstens die Nachricht von 1178 neuerdings noch von Zycha⁶ als echt behandelt ist und als Ausgangspunkt für wichtige Schluß-

Heinrich von Dörrefeld handelt, so wird in der Hauptsache der Oberharz, wo diese Familie begütert war, in Frage kommen (vgl. Günther, Das Dörrefeld, Harz-Z. 1909, S. 25—39, bes. S. 27; Denker, Harz-Z. 1918, S. 33f.). Auch der Schutzbrief des Papstes Innozenz III. für das Kloster Walkenried vom 8. XI. 1205 (UB. Walkenried I, 56, Regest UB. Goslar I, 366) spricht lediglich von den Hütten im Harze.

¹ Harzer Bergwerksverfassung, S. 32. S. die Angaben bei Neuburg, S. 17, 18.

² S. 318f.

³ S. daselbst I, 214, 290.

⁴ Anscheinend beruht die Wiedergabe im Hercynischen Archiv auf einer Niederschrift von der Hardts (s. Hercyn. Archiv S. 316 u. Anm. 49 daselbst).

⁵ Vgl. die Ausführungen Bodes UB. I, S. 246, 314. S. ferner Weiland, Gött. gel. Anz. 1893, S. 315.

⁶ S. 112 Anm. 112, 116 Anm. 126, 117f. Arndt (S. 101) betrachtet die Nachrichten wohl ebenfalls als zuverlässig. Neuburg, S. 17, 18, äußert Zweifel wegen der Urkunde von 1178, lehnt die Echtheit jedoch nicht mit voller Entschiedenheit ab.

folgerungen gedient hat. Denn Zycha bezieht die Urkunde zwar nicht auf das Bestehen einer Gewerkschaft in jener Zeit, er leitet aus ihr in Verbindung mit der Notiz Eckstorms aber die Tatsache ab, daß von dem Kaiser das Bergbaugebiet am Rammelsberge räumlich zerlegt und in vier ungefähr gleichen Teilen an die Mitglieder der sog. Gewerkschaft ausgetan sei.

Die bisherigen Darlegungen ergeben, daß die Annahme von dem Vorhandensein einer gewerkschaftlichen Organisation in Goslar zum Betriebe des Bergbaus nach dem Muster der späteren Bildungen dieser Art im 11. und 12. Jahrhundert durch die erhaltenen Zeugnisse keine Bestätigung findet, vielmehr der quellenmäßigen Begründung entbehrt. Das gleiche gilt aber auch für die von Zycha vorausgesetzte reale Teilung des Rammelsberger Grubenbezirkes. Damit ist zugleich den daran geknüpften Erörterungen über die Form dieses Betriebes, über das Verhältnis der Gewerken oder Teilbesitzer zu den übrigen am Bergbau interessierten Personen usw.¹ der Boden entzogen.

Der früheste einwandfreie Beleg für die Anteilnahme des Klosters an dem Bergbau am Rammelsberg fällt in den Beginn des 13. Jahrhunderts. In der bereits genannten Urkunde vom 24. XII. 1209² nimmt Kaiser Otto IV. Walkenried in seinen und des Reiches Schutz. Er bestätigt die Güter des Stiftes, unter denen die Besitzungen in und bei Goslar und im Harzwalde besonders hervorgehoben werden, und verleiht ihnen eine Anzahl Freiheiten. Beachtung verdient bei der Urkunde, daß in ihr nicht das Eigentum des Stiftes an einzelnen Gruben oder Grubenteilen am Rammelsberge erwähnt, sondern daß ganz allgemein von dem „*universo emolumento, quod ibidem habet in monte*“ gesprochen wird. Es ist daher möglich, sich hier nur ein Einkommen aus Zinsen oder Renten, die auf die Erträgnisse des Berges angewiesen waren, vorzustellen, wie es auch sonst mehrfach bezeugt ist.³ Demgegenüber werden in anderen Aufzeichnungen wiederholt Teile von Gruben in der Hand der Goslarer Stifter oder anderer Berechtigter angeführt.⁴ Infolgedessen ist das Fehlen von Mitteilungen über einen unmittelbaren Besitz des Klosters Walkenried an einzelnen Bergteilen keineswegs ein Beweis für dessen Nichtbestehen um 1209 oder schon früher.⁵

¹ S. insbesondere Zycha, S. 116, 117.

² S. oben S. 164 Anm. 5. Vgl. zu dieser Urkunde auch v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte III, 2 (Leipzig 1901), S. 192 Anm. 3.

³ Vgl. UB. I, 397 (1216), Gefälle von dem Rammelsberge als Einnahme des Klosters Wöltingerode: „*in monte Rammesberch viginti sex marchas argenti*“; UB. II, 73 (nach 1260), Güterverzeichnis des neuen Hospitals zu Goslar: „*singulis septimanis de monte Corvorum fertonem*“.

⁴ Z. B. das Domstift in Goslar (UB. I, 301, S. 324 Z. 19 und 21), das Kloster Neuwerk (UB. I, 320, 351), die Grafen von Regenstein (UB. I, 331).

⁵ Es besitzt beispielsweise das Kloster Neuwerk nach den Güterverzeichnissen aus den Jahren 1340 und 1355 (UB. IV, 126 und 525, zu dem letzteren s. auch

Das 14. Jahrhundert ist die Zeit, in der die Quellen über die Beziehungen von Walkenried zu Goslar etwas reichlicher zu fließen beginnen. Gleich aus dem ersten Jahrzehnt rühren drei Urkunden, von denen zwei den Erwerb von Grubenteilen am Rammelsberge durch das Stift betreffen, die dritte aber eine umfangreiche Abmachung zwischen Stadt und Stift über den dortigen Bergbau enthält. In der Aufzeichnung vom 17. VII. 1306¹ verlautbaren die Brüder Berthold, Albert und Volkmar von der Gowische unter Zustimmung der sonstigen Beteiligten den Verkauf der ihnen eigentümlich gehörenden Hälfte der Rammelsberger Grube Verndel für 34 Mark reinen Silbers an das Kloster Walkenried. Nach einer weiteren Urkunde vom 19. V. 1309, die nicht im Originale überliefert, sondern im Auszuge nach dem von dem Prior Dringenberch im Jahre 1473 auf Grund des damaligen Urkundenbestandes des Klosters angefertigten Register im Walkenrieder Urkundenbuche wiedergegeben ist², bestätigen die Vormunden des Rammelsberges, der Vorstand der Korporation der Montanen und Silvanen, die vor ihnen und den beiden Bergrichtern vorgenommene Veräußerung von je einem Achtel der Gruben Kattenloch und Hillewardestein. Endlich bekunden in der Urkunde vom 23. VI. 1310³ die sechs Vormunden des Rammelsberges einen ebenfalls vor ihnen und den beiden Bergrichtern abgeschlossenen Vertrag zwischen dem Abte des Klosters Walkenried und dem Rate der Stadt Goslar über den beiderseitigen zunächst getrennt und später erforderlichenfalls gemeinsam zu bewirkenden Betrieb ihrer Gruben am Rammelsberge. Nur wenige Jahre später folgt eine Urkunde vom 6. XII. 1314 über den Verkauf eines Grubenteils durch den Abt des Klosters Michaelstein an Walkenried.⁴

Denker, Der Waldbesitz des Klosters Neuwerk im Oberharz nach den alten Urkunden, Harz-Z. 1918; S. 22—77) um die Mitte des 14. Jahrhunderts zahlreiche Grubenteile am Rammelsberge, während sich über die Entstehung dieses Besitzes nur spärliche Nachrichten in den ersten Bänden des Goslarer Urkundenbuches finden (s. die Register UB. I, S. 617, II, S. 617, 618, III, S. 728).

¹ UB. III, 139 (Regest UB. Walkenried II, 680).

² UB. Walkenried II, S. 290 Nr. 107 (= UB. Goslar II, 201). Der Abdruck der Eintragung ist nicht wortgetreu erfolgt. Nach dem Original des Dringenberch-schen Registers im Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel (Handschriften VII, B. 17, Bl. 123, Nr. X) lautet der Auszug: „*Provisores montis Rammisberch protestantur, quod Jutta, relicta Henrici Hokeman et filios ejus coram ipsis et duobus judicibus montis jam dicti recognoverunt, quod vendiderunt monasterio duas octavas partes, unam in fossa Kattenloch, alteram in fossa Hillewardestein, quas habere debuerant tantum ad tempora vite predictae Jutte et post mortem ipsius debuerant vacare monasterio, hoc prevenientes vendiderunt pro duabus marcis puri argenti, transferendo resignant spondentes warendiam cum renunciacione. Datum anno M.CCC.IX secunda pentecostes.*“

³ UB. Walkenried II, 722, UB. Goslar III, 223. Der letztgedachte Abdruck ist den Ausführungen im Text zugrunde gelegt.

⁴ UB. III, 348.

Von diesen Urkunden sind die erste und die letzte als einwandfrei zu bezeichnen. Diplomatisch ist nichts Auffälliges zu bemerken, inhaltlich stimmen sie mit anderen Nachrichten über die Veräußerung von Bergteilen aus jener Zeit überein.¹ Über die zweite ist ein gesichertes Urteil nicht möglich, da das Original nicht erhalten ist.² Daß eine Gegenurkunde, die man im Archiv zu Goslar erwarten würde, fehlt, fällt allerdings nicht allzu schwer ins Gewicht. Ebenso wird man der Tatsache, daß die Urkunde in dem ältesten Archivregister der Stadt aus dem Jahre 1399³ übergegangen ist, keine ausschlaggebende Bedeutung beimessen dürfen, da das Register lediglich zur Aufnahme der wichtigeren Briefe bestimmt erscheint und es sich hier scheinbar nicht um ein Abkommen von erheblicher Tragweite dreht.⁴ Dagegen gibt zu Bedenken Veranlassung, daß nur in dieser und der dritten Urkunde vom 23. VI. 1310 ein Zusammenwirken der Sechsmannen und der beiden Bergrichter in einer Form bezeugt ist, die in keiner anderen Aufzeichnung aus dem hier zu betrachtenden Zeitraum wiederkehrt. Auf diese Tatsache komme ich alsbald bei der Untersuchung der Urkunde vom 23. VI. 1310, der ich mich jetzt zuwende, zurück.⁵

Das Schriftstück, welches im Stadtarchiv zu Goslar aufbewahrt wird⁶, hat bereits eingehende Erörterungen veranlaßt. Mit Rücksicht auf seinen Inhalt wird es von Neuburg⁷ als unecht beanstandet. Nach der Meinung Bodes, des Herausgebers des Goslarer Urkundenbuches, ist dagegen in diplomatischer Hinsicht kein Anzeichen einer Fälschung vorhanden und auch inhaltlich an der Urkunde nichts auszusetzen.⁸ Die Echtheit der Urkunde vertreten ferner Weiland⁹ und Zycha¹⁰, die aber bei der Begründung ihres Standpunktes unter sich und von Bode abweichen.¹¹

¹ Vgl. UB. III, 465 (1318), 493, 495 (1319).

² Über einen weiteren Hinweis auf die Urkunde in dem Dringenberchschen Register s. unten S. 183 Anm. 2.

³ Vgl. Bode, UB. III, Einl. S. XII, XIII.

⁴ Der in das Archivregister (Bl. 3v.) aufgenommene Ratsbeschluß über die Anlegung des Registers besagt: „De ghemene rad der stad to Gosler nyge unde old sint to rade gheworden unde overeynkomen, dat se hebbet bescreven laten in dyt register den meysten del over breve unde privilegia in korten worden, dar se meynen, dat der stad meyst an to donde sy.“ S. U. B. V, 1156.

⁵ S. unten S. 176.

⁶ Stadt Goslar Nr. 88. Die UB. Goslar III, 223 fehlenden Anmerkungen 2 und 3 sind nach der Vorlage in folgender Weise zu ergänzen: ² Or. hat *wenerabilis*;

³ Or. hat *inperio*.

⁷ S. 18f.

⁸ Vgl. UB. III, Einl. S. XXIX—XXXIV, sowie S. 154 die Bemerkung am Schluß der Urkunde.

⁹ Bei der Besprechung des Neuburgschen Buches in d. Gött. gel. Anz. 1893, S. 315f.

¹⁰ S. 120—122, insbes. S. 120 Anm. 143. Vgl. auch S. 123.

¹¹ Der Vertrag wird ohne weitere Erörterungen als echt behandelt von Leuthold S. 310; Opet S. 229, 236 Anm. 93, anscheinend auch S. 238 Anm. 10.

Die Urkunde beansprucht nicht nur wegen der in ihr bezeugten Vereinbarungen ein unmittelbares Interesse, sondern gewinnt noch eine besondere Bedeutung im Zusammenhange mit dem Ergebnis unserer bisherigen Darlegungen. Denn ist die hier vertretene Ansicht von der Unzuverlässigkeit der sämtlichen älteren Mitteilungen über den Bergbau des Klosters Walkenried am Rammelsberge zutreffend, so stellt die Aufzeichnung die erste Nachricht von einer zwar noch nicht durchgeführten, aber doch damals in Aussicht genommenen Änderung in der Organisation des Betriebes dar, die urkundlich zu belegen ist. Dieser Umstand zwingt dazu, die Frage der Echtheit der Urkunde nochmals aufzurollen, die von den neueren Arbeiten über die Anfänge des Goslarer Bergwesens nicht mehr bemängelt wird.¹

Die Urkunde besteht aus einem verhältnismäßig dünnen Pergamentbogen von 37 cm Höhe und 34 cm Breite, für sie ist also ein Format gewählt, das in dieser Zeit jedenfalls für Bergurkunden, die in Goslar selbst errichtet sind, als ungewöhnlich angesehen werden muß. Sie ist ohne Linierung und Absätze durchlaufend geschrieben, beginnend etwa 2 cm unter dem oberen Rande und endigend $4\frac{1}{2}$ cm oberhalb des unteren Randes. Auf der linken Seite ist ein $1\frac{1}{2}$ cm und auf der rechten Seite ein 2 cm haltender Rand freigelassen. Die Zahl der Zeilen beträgt 49, von denen die letzte nur bis zur Mitte der Seite geht. Von dem unteren, in einer Breite von 3 bis $3\frac{1}{2}$ cm umgeschlagenen Rande der Urkunde hängen je zwei ungefähr 1 cm breite, aber verschieden lange Pergamentstreifen herab, von denen der längere links, der in seiner ursprünglichen Beschaffenheit erhalten zu sein scheint, 14 cm und der rechts $12\frac{1}{2}$ cm, der kürzere links 7 cm und der rechts etwas über 3 cm mißt. Gegenüber der Bemerkung zu dem Abdruck der Urkunde im Walkenrieder Urkundenbuch², daß die beiden angehängt gewesenen Siegel abgefallen seien, die auch in das Goslarer Urkundenbuch übergegangen ist³, verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß die zur Befestigung der Siegel bestimmten Pergamentstreifen rechts überhaupt keine sicheren Anzeichen der früheren Anbringung eines Siegels erkennen lassen, während an den Streifen links zwar ganz schwache Wachsspuren angedeutet sind, aber auffälligerweise an den inneren Seiten der Streifen, während man sie bei der im allgemeinen üblichen Art der Besiegelung auf den beiden äußeren Seiten erwarten würde. Es müssen daher Bedenken geäußert werden, ob die Urkunde tatsächlich die beiden in ihrem Text erwähnten Siegel getragen hat. Die Rückseite der Urkunde ist in der Mitte unten mit einem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Archivvermerk ver-

¹ Vgl. z. B. v. Inama-Sternegg S. 164 Anm. 2; Silberschmidt S. 203, 204.

² S. daselbst II, S. 79.

³ S. daselbst III, Einl. S. XXIX, S. 155.

sehen.¹ Eine darüber befindliche Notiz, wohl eine frühere Registraturbezeichnung, ist durch Radieren in neuerer Zeit beseitigt, es ist nur noch die Zahl „8“ leserlich.

Was den graphischen Charakter der Urkunde anbelangt, so spricht sich Bode dahin aus², daß die Schrift die Urkunde in die Zeit der Ausstellung verweise und für Zweifel an der Echtheit keinen Raum gewähre. Da in dem Schriftstück eine Vereinbarung vor dem Vorstande der Bergkorporation in Goslar, den Sechsmannen des Rammelsberges, beurkundet wird, da sein Inhalt die Goslarer Verhältnisse betrifft und die Urkunde schließlich nur in einem im dortigen Archiv aufbewahrten Stücke überliefert ist, so ist man zunächst zu der Annahme berechtigt, daß die Niederschrift in Goslar angefertigt ist, und man wird daher versuchen, aus dem Goslarer Urkundentum, das sich auf den Bergbau am Rammelsberge, insbesondere auf andere Verhandlungen vor den Sechsmannen oder den Bergrichtern bezieht, Anhaltspunkte für die Zeit der Abfassung zu gewinnen. In zweiter Linie wäre mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Urkunde von einer Schreibkraft des Klosters Walkenried entweder in Goslar oder an einem anderen Orte, als der vornehmlich Walkenried in Betracht kommen würde, entworfen und den Ausstellern zur Vollziehung vorgelegt ist. Es sind demgemäß die etwa zu berücksichtigenden Aufzeichnungen des Goslarer Stadtarchivs sowie die Walkenrieder Urkunden des Landeshauptarchivs in Wolfenbüttel³ nach einer entsprechenden Handschrift durchmustert, wobei sich allerdings eine Beschränkung auf Stichproben notwendig machte. Die Prüfung hat zu einem brauchbaren Ergebnis nicht geführt, da Urkunden, die eine völlig übereinstimmende Hand aufweisen, mit Sicherheit nicht zu ermitteln waren. Während bei Aufzeichnungen, bei denen ausreichendes Vergleichsmaterial zu Gebote stand, die zeitliche Bestimmung vielfach wenigstens mit annähernder Genauigkeit angängig war, ist man im vorliegenden Falle darauf angewiesen, den allgemeinen Eindruck der Handschrift entscheiden zu lassen. Nach meinem eigenen Urteil, das sich mit dem des jetzigen Leiters des Goslarer Stadtarchivs, des Herrn Professors Dr. Wiederhold⁴, deckt, deutet aber das Gesamtbild der Schrift der stark gekürzten Urkunde auf eine spätere Zeit als den Anfang des 14. Jahrhunderts hin. Insbesondere macht sich die Empfindung, daß eine neuere Hand am Werke

¹ „Vergleichung zwischen Goslar und Closter Walckenreddt, den Rammelsberg zu bawen, also daß der rath 3 pfenni und Closter 1 pfenni zur Auslage soll geben, *et vice versa*, die Ausbeuthe auch so zue haben und teilen 1310. Nr. 111.

² UB. III, S. 155.

³ Für die hierbei geleistete Unterstützung bin ich dem Leiter des Archivs, Herrn Geh. Archivrat Dr. Zimmermann, zu besonderem Danke verpflichtet.

⁴ Auch hier habe ich für vielfältige Förderung der Arbeit durch Rat und Tat zu danken.

gewesen ist, geltend, wenn man Teile der Urkunde ins Auge faßt, in denen keine oder nur wenige der Buchstaben *G*, *a*, *l* und *b*, die einen etwas älteren Duktus zeigen¹, vorkommen. Denn eine größere Anzahl der verbleibenden Buchstaben, namentlich das große *R* und *W*, ferner *d*, *g*, *p*, *r* und das nach links geschweifte *s* im An- und Inlaut² tragen meines Erachtens ein etwas jüngeres Gepräge, wie es sich vielfach ähnlich in den Goslarer Urkunden um die Wende des 14. und in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts wiederholt. Zur Erläuterung teile ich in der Anlage³ eine dem Eingange der Urkunde entnommene Schriftprobe und hierunter ein Alphabet mit, das annähernd vollständig ist und von dem ein großer Teil der Buchstaben in dem vielfältigten Bruchstücke der Urkunde verglichen werden kann. Zuweilen tritt in der anscheinend in einem Zuge und sonst flott, wenn gleich etwas flüchtig geschriebenen Urkunde ein künstliches Malen der einzelnen Schriftzeichen⁴, überhaupt eine gewisse Unruhe und Unsicherheit zutage, wie sie von K. Beyerle in einem ähnlichen Falle als ein Zeichen des schlechten Gewissens des Fälschers gedeutet wird.⁵ Gelegentlich ist auch in ziemlich unbegründeter Weise ein Zierbuchstabe innerhalb des Textes an kaum als besonders hervorragend zu bezeichnender Stelle verwendet.⁶

Das Gesagte wird ausreichen, die Behauptung zu tragen, daß die äußere Ausstattung der Urkunde immerhin Zweifel hinsichtlich der Zeit der Anfertigung des Schriftstückes nicht ausschließt und somit geeignet erscheint, das Urteil Bodes wegen der Übereinstimmung zwischen Schriftcharakter und Ausstellungsdatum wenigstens in etwas zu erschüttern. Dagegen ist die Abweichung nicht so groß, schon die Vermutung zu begründen, daß eine Fälschung vorliegt. Der Beweis, daß mit einer solchen zu rechnen ist, müßte vielmehr aus anderen Merkmalen geführt werden, die nur aus der inneren Form oder dem Inhalte der Urkunde entnommen werden können.

Wenden wir uns zunächst der Betrachtung der inneren Form zu, so stößt hier allerdings eine Reihe von Bedenken auf, die gegen die Echtheit und Kanzleimäßigkeit der Urkunde geltend zu machen sind.

¹ Von *l* und *b* finden sich allerdings auch mit einer Bauchung versehene und daher wohl jüngere Formen vor.

² Die Schweifung ist außer bei *s* auch bei *p* neben ungeschweiften Formen zu beobachten.

³ S. unten am Schluß.

⁴ Vgl. das *B* in „Bertoldus“ zu Anfang des Urkundentextes, das mehrfache Ansätze zeigt (s. die Schriftprobe).

⁵ Die Urkundenfälschungen des Kölner Burggrafen Heinrich III. von Arberg (Deutschrechtliche Beiträge, Bd. IX, Heft 4) S. 20: „Man meint, wie so manchmal, das schlechte Gewissen des Schreibers aus den Schriftzügen herauszufühlen.“

⁶ S. das große *T* des Alphabets, das dem Worte „*Testes*“ zu Beginn der Zeugenreihe (UB. III, S. 155 Z. 10 v. u.) angehört.

A A A A A
 B b b b b
 C c c c c

F f f f f
 G g g g g
 H h h h h
 I i i i i

J j j j j
 K k k k k
 L l l l l
 M m m m m

N n n n n
 O o o o o
 P p p p p

Q q q q q
 R r r r r
 S s s s s
 T t t t t

Was im allgemeinen zunächst in die Augen springt, ist die Breite und Weitschweifigkeit, mit der nicht allein der Gegenstand der Vereinbarung, sondern auch die Art, wie die Beurkundung selbst zustande gekommen ist, behandelt wird. Erwägt man, daß die übrigen uns bekannten Aufzeichnungen aus jener Zeit, in denen vor den Sechsmannen des Rammelsberges oder dem Berggericht erfolgte Rechtsakte bezeugt werden¹, in der Regel Geschäftsurkunden von knapper Fassung und nüchternstem Stil darstellen, so drängt sich ohne weiteres der Gegensatz zu der Ausführlichkeit und dem Wortschwall unserer Vorlage auf, ein Gegensatz, der nach dem, was über ihren Inhalt zu sagen sein wird, auch durch die größere Bedeutung des hier verlautbarten Vorganges kaum hinlänglich erklärt wird.²

Hinsichtlich der Formulierung des Schriftstückes fällt ferner auf, daß der Versuch gemacht ist, eine gewisse Anpassung der Urkunde an die Vorschriften der kaiserlichen Kanzlei für feierliche Diplome zu erzielen. *Salutatio* und *Arenga*, *Narratio* und *Dispositio* finden sich vor, aber augenscheinlich unter ziemlich äußerlicher Verwendung von vielleicht aus anderen Urkunden entlehnten Vorbildern, unter nicht völlig scharfer Abgrenzung ihres Inhalts und mit einer Fülle von Ausdrücken, welche statt der gehobenen Sprache und der kunstvollen Anordnung der Kaiserurkunden, der sinnreichen Verdoppelung der Worte und ihres symmetrischen Aufbaus den Eindruck des Geschraubten und Gespreizten machen. Insbesondere tritt das Bestreben hervor, durch Umschreibungen desselben Gedankens, durch künstliche Verbindungen und Entgegensetzungen von Wortpaaren rethorisch zu wirken und zugleich durch möglichst allgemein gehaltene Wendungen alle nur denkbaren Fälle zu erfassen und den Bedingungen des Vertrages zu unterstellen, und zwar zuweilen so stark, daß man an die schwülstige Fassung der späteren Notariatsurkunden erinnert wird und gelegentlich fast geneigt ist, an eine förmliche Stilübung zu denken. Als Beispiel mag ein der *Narratio* angehöriger Passus dienen. Danach erscheinen vor den Sechsmannen des Rammelsberges und vor den beiden Bergrichtern „*propriis in personis venerabilis dominus abbas monasterii in Walkenrede cum nonnullis suis fratribus suo et tocus predicti monasterii conventus nomine ex una, ac discreti viri consules civitatis Goslarie predictae suo et totius universitatis dicte civitatis nomine parte ex altera et universaliter singuli ac singulariter universi vive et proprie vocis ac oris oraculo et confessione*“³, *nullo penitus cogente, sed libere*

¹ S. die Register UB. III, S. 742, IV, S. 724, 725.

² S. unten S. 182.

³ Beispiele für ähnliche Ausdrücke sind in dem Goslarer Urkundentum, vor allem der späteren Zeit, anzutreffen. Nach einer Urkunde vom 30. III. 1499 (Urk. SS. Cosmae et Damiani Nr. 49) erteilt Julianus, Bischof von Ostia, auf Grund einer Gestattung des Papstes „*de eius speciali mandato super hoc vive vocis oraculo*

declararunt ac proposituerunt coram nobis non solum pro se modernis, sed et pro suis posteris per secula futuris, qualiter adjuvante et cooperante pacis auctore altissimo de et super materia dissencionis, que inter ipsos, seminante satore zizaniarum maligno, occasione dicti montis oborta exstiterat, pacifice et amicabilem sint sedati, pacificate et funditus disbrigati per modum unionis que sequitur“. In einem der folgenden Sätze wird dann nochmals die Beilegung des Streites geschildert mit den Worten: „*Interea istis ista per controversiam pro se dicentibus et illis illa altercative pro se respondentibus, interposuerunt se, ut creditur, divinitus inspirati viri sapientes et timorati, et concordarunt et pacarunt dissencionem predictam hoc modo*.“ Man kann sich hier und an anderen Stellen der Urkunde kaum des Gefühls erwehren, daß eine Ineinanderschachtelung von Satzteilen und Wortzusammensetzungen, die aus verschiedenen Diplomen entnommen sind, stattgefunden hat. Zuweilen führt das Bestreben, durch gekünstelte Wendungen zu glänzen und den Ausdruck sachlich und formal zu steigern, zu gewagten und zum Teil mißlungenen Konstruktionen und zu Übertreibungen, die auch inhaltlich zu starken Bedenken Anlaß geben.¹ Bemerkenswert ist ferner der Gebrauch von Formen, die jedenfalls in den Goslarer und Walkenrieder Urkunden aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ungewöhnlich sind und wohl zum Teil auf geistlichen Ursprung der Vorlage hindeuten.² Erwähnen möchte ich schließlich, daß zuweilen deutsche

nobis facto“ dem Johann Schomann, Kaplan des Altars S. Johannis des Täufers in der Kirche SS. Cosmae et Damiani in Goslar trotz seiner unehelichen Geburt mit gewissen Beschränkungen die Befugnis, geistliche Benefizien auch in einer Metropolitan- oder Kathedralkirche zu übernehmen. In einer Notariatsurkunde vom 5. V. 1536 über den Verkauf einer Rente zugunsten des St. Annenhospitals (Hospital St. Annen Nr. 5) verspricht der Verkäufer die Erfüllung der Bedingungen des Vertrages vor Notar und Zeugen „myt uthgestreckeden handen und heller stemmen“. Wegen des Gebrauchs der Wendung in einer Urkunde vom 8. XI. 1321 vgl. UB. III, 574. Anderweite Anwendungsfälle aus früherer Zeit s. UB. Hameln I, 106 (1292) „*sicuti per patentes litteras resignavi viva voce et manu litteras confirmando*“, UB. Hochstift Halberstadt I, 167 (1133) „*hoc consolationis testimonium litteris et viva voce prebuerunt*“, sowie die bei Bresslau, Handbuch der Urkundenlehre I² (Leipzig 1912), S. 651 Anm. 3 angeführte Äußerung des Papstes Calixt II. aus dem Jahre 1124.

¹ Nach UB. III, S. 154. Z. 7 verzichtet das Kloster auf die kaiserlichen Briefe, die es über den Rammelsberg besitzt, und zwar „*non solum renunciarunt litteris inpetratis, sed etiam de hac materia inpetrandis*“. Über eine ähnliche Wendung in einer Papsturkunde für Straßburg, nach der Innozenz IV. im Jahre 1254 dem dortigen Domkapitel das Recht der freien Bischofswahl für alle Zukunft, selbst gegenüber später zu erlassenden päpstlichen Briefen, gewährt (UB. Straßburg IV 1 195), s. Kothe, Kirchliche Zustände Straßburgs im 14. Jahrhundert (Freiburg 1903), S. 21, 22. Vgl. ferner UB. Braunschweig I Nr. LXX.

² Vgl. „*seminante satore zizaniarum maligno*“ (UB. III, S. 153 Z. 21), „*disbrigati*“ (S. 155 Z. 23, auch *disbrigare* S. 155, Z. 15), „*timorati*“ (S. 153 Z. 2 v. u.), „*glutino*“ (S. 155, Z. 11 v. u.). Die hier gewählten Ausdrücke kommen sonst nur selten vor, siehe z. B. *zizania* UB. I, 424, II, 456, 457, *disbrigare* UB. IV, 332, *glutino* UB. I, 194.

Worte dem Schreiber in die Feder fließen und den lateinischen Text der Urkunde unterbrechen¹, obgleich hierauf besonderer Nachdruck nicht zu legen ist.

Bei einem Eingehen auf Einzelheiten ist folgendes zu bemerken:

1. Von den als Ausstellern der Urkunde auftretenden sechs Vornamen des Rammelsberges sind zwei, nämlich Syfridus Scap und Johannes de Hardenberge in Urkunden aus ungefähr derselben Zeit nachzuweisen.² Die anderen vier gehören Familien an, die ebenfalls gleichzeitig vorkommen, deren Angehörige aber, soweit ersichtlich, niemals die in der Urkunde gebrauchten Vornamen führen.³

2. Befremdlich ist, wie nach der Urkunde der nicht näher bezeichnete Abt mit einigen seiner Klosterbrüder (*cum nonnullis suis fratribus*) „*suo et totius predicti monasterii conventus nomine*“ als Vertreter des Klosters auftritt.⁴

3. Von dem sonstigen Wortreichtum der Urkunde sticht die Kürze des von den Zeugen handelnden Teils stark ab: „*Testes sunt Philippus de Piscina senior et Philippus filius ejus et duo judices montani supradicti et plures alii fide digni*“. Die beiden namentlich angegebenen Zeugen sind um 1310 urkundlich belegt⁵, in dem Fehlen weiterer Namen könnte man einen Anhaltspunkt dafür sehen, daß dem Verfasser der Urkunde eine echte Zeugenreihe aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts nicht zu Gebote stand und daß er vor einer willkürlichen Zusammenstellung zurückschreckte.

¹ UB. III, S. 153 Z. 3 „*montis qui dicitur de Rammesberg*“, statt des sonst üblichen „*montis qui dicitur Rammesberch*“, ferner S. 153 Z. 11: Arnoldo von der Gowische, im Gegensatz z. B. zu Johannes de Hardenberge, Wedego de Bornemhusen.

² Vgl. wegen Syfridus Scap UB. III, 286 (1312), 358 (1315), ferner die Stammtafel UB. III, S. 839, wegen Johannes de Hardenberge UB. III, 358 (1315), 647 (1323). Der Vater von Siverd Schap, der den gleichen Vornamen trägt, begegnet in den lateinisch abgefaßten Urkunden dieser Zeit in der Regel als Sifridus Ovis (vgl. UB. II, 455—457).

³ Es kommen vor Johannes de Bornemhusen (UB. III, 503, 517, 647) und Roseke (Rolef) Rosteyn (UB. IV, 678, 736, 822). In der Familie Wulf sind die Vornamen Tile (UB. III, 503, 647, IV, 261), Koneman (IV, 159, 417) und Hartman (IV, 695, 740) üblich. Für die Mitglieder der Familie Gude wird in lateinischen Urkunden meist die Bezeichnung „*Bonus*“ gebraucht (vgl. die Register zu UB. II, S. 597, III, S. 695). Es begegnen Borchardus Bonus (UB. III, 392), Thidericus Bonus (UB. III, 596, 600, 613), Hans Gode (UB. IV, 23). Über die Ständigkeit der Vornamen bei gewissen Goslarer Familien s. Bode, Der Uradel in Ostfalen (Hannover 1911), S. 136f.

⁴ Dem Umstande, daß das Kloster nicht in der sonst gebräuchlichen Weise nach Orden und Diözese gekennzeichnet ist („*dominus abbas et conventus monasterii in Walkenriet, Cysterciensis ordinis, Moguntine dyocesis*“, siehe z. B. UB. III, 322—324), ist weniger Bedeutung beizumessen.

⁵ Vgl. die Stammtafel UB. III, S. 822.

4. Beachtung verdient die eigentümliche Form, in der in dem vorliegenden Schriftstück des Zusammenwirkens der Sechsmannen und der beiden Bergrichter gedacht wird. Die sonst von den Sechsmannen herrührenden Urkunden erwähnen die Bergrichter in dieser Gestalt nicht. Eine Analogie bietet, wie schon angedeutet wurde¹, ausschließlich die Nachricht vom 19. V. 1309, die sich merkwürdigerweise ebenfalls auf den Bergbesitz des Klosters Walkenried bezieht und in ihrer Fassung eine gewisse Übereinstimmung mit der Urkunde vom 23. VI. 1310 zeigt.² Sie liegt aber nur im Auszuge vor, und aus diesem sind die näheren Umstände der Verhandlung nicht zu sehen.

5. In den von den Bergrichtern ausgestellten Urkunden, in denen von einer Tätigkeit der Sechsmannen im Berggericht die Rede ist, erscheinen in der Regel die Sechsmannen oder ein Teil von ihnen als Dingleute oder Zeugen³, während hier umgekehrt die Bergrichter als Zeugen in der Urkunde der Sechsmannen erwähnt und dabei nicht, wie üblich, als „*judices montis*“, sondern als „*judices montani*“ bezeichnet sind. Wenn als Bergrichter in der Urkunde vom 23. VI. 1310 Johannes de Hedeberg und Arnoldus von der Gowische vorkommen, so scheint sich wieder eine Anlehnung an die Urkunde vom 17. VII. 1306⁴ zu finden, die auch einen Erwerb des Klosters Walkenried betrifft und zugleich die einzige Aufzeichnung aus der Zeit vom Anfang des 14. Jahrhunderts bis zum Jahre 1321 ist, in der, abgesehen von der Urkunde vom 23. VI. 1310, die Namen der Bergrichter angegeben werden.⁵

6. Ungewöhnlich ist weiter die Art der Besiegelung. Die Urkunde soll doppelt ausgefertigt und zunächst von den Provisoren des Rammelsberges besiegelt werden. Außerdem soll jede Vertragspartei ihr Siegel an die für die Gegenseite bestimmte Ausfertigung hängen. Eine derartige Teilung der Siegelung begegnet in den Goslarer Urkunden jener

¹ S. oben S. 168.

² Urkunde vom 19. V. 1309 (UB. III, 201): „*coram ipsis* (d. h. den Provisoren des Rammelsberges) *et duobus dicti montis iudicibus*“; Urkunde vom 23. VI. 1310 (UB. III, 223): „*coram nobis et coram duobus iudicibus montis predicti, videlicet Johanne Hedeberge et Arnoldo von der Gowische*“.

³ Vgl. Neuburg S. 349; Frölich, Die Gerichtsverfassung von Goslar im Mittelalter (Breslau 1910), S. 118.

⁴ S. oben S. 167.

⁵ In der Urkunde vom 17. VII. 1306 werden unter den Zeugen benannt: „*Johannes Hedelberch, Arnoldus noster servus, iudices montis predicti*“. Über die Möglichkeit einer Identifizierung des *Arnoldus noster servus* von 1306 mit dem Bergrichter Arnoldus de Gowische der Urkunde von 1310 s. UB. III, 150, 225, 316, 465, 481, sowie Bode UB. IV, S. 818, 820 (nicht zutreffend Weiland, Gött. gel. Anz. 1893, S. 315, 316).

Zeit, wenn überhaupt, nur selten.¹ Auffällig ist sodann die Bezeichnung des Walkenrieder Siegels als „*sigillum abbacie de Walkenreden*“, des Stadtsiegels als Siegel „*consulum sive burgensium civitatis Goslarie*“², sowie die ausdrückliche Hervorhebung der Berechtigung der Sechsmannen zur Führung des Siegels der Korporation.³

Sind diese Bedenken hinsichtlich der inneren Form der Urkunde für sich betrachtet auch vielleicht nicht sämtlich derart, daß sie mit Notwendigkeit zu der Annahme der Unechtheit des Schriftstückes führen, so ist doch ihr Zusammentreffen in ein und derselben Urkunde geeignet, die stärksten Zweifel hervorzurufen, und zwar um so mehr, als auch der Inhalt der Urkunde mancherlei Besonderheiten bietet.

Nach der Urkunde erscheinen der Abt des Klosters Walkenried und der Rat zu Goslar vor den Sechsmannen des Rammelsberges und den beiden Bergrichtern und einigen sich zur Beilegung von Streitigkeiten, welche dem Anschein nach aus Anlaß des Wüstwerdens einiger Gruben des Klosters⁴ zwischen ihnen ausgebrochen sind. Es geschieht dies auf der Grundlage, daß das Kloster der Stadt gegenüber unter Auslieferung der hierüber gewährten kaiserlichen Briefe auf das ihm zustehende Recht verzichtet, nach seinem Belieben den Berg selbst zu bauen oder andere Personen zum Bergbau hinzuzuziehen.⁵ Beide Parteien sollen ihren Bergbau in der bisherigen Weise fortsetzen, insbesondere soll kein Teil befugt sein, ohne Einwilligung des Gegners und zu dessen Schaden Änderungen vorzunehmen.⁶ Wenn es sich aber als notwendig oder nützlich erwiese, zu einer neuen Form des Betriebes überzugehen („*ut novi modi laborum, fodinarum et aqueductuum infra ipsum montem sive extra montem assumantur*“), soll der beiderseitige Gruben-

¹ Vgl. dagegen z. B. die Besiegelung der Urkunde vom 25. V. 1321 (UB. III, 563), die ebenfalls eines Zusammenwirkens des Bergrichters und der Sechsmannen gedenkt.

² Die regelmäßig wiederkehrende Form der Erwähnung des Stadtsiegels in dieser Zeit ist: „*sigillum nostre civitatis*“, „*unser stat ingeseghele*“ (vgl. z. B. UB. II, 510, III, 170, 186, 230, 515). Sie löst die vorher vorherrschende Bezeichnung als „*sigillum burgensium*“ (UB. II, 173, 175, 248) ab.

³ „*sigillum universitatis montanorum nobis ex officio nostro commissum*“.

⁴ Vgl. Zycha S. 120 Anm. 143.

⁵ „... *quarum litterarum auctoritate non solum ipsi laborare et labores in predicto monte, ut prefertur, ordinare, sed etiam ... consules et burgenses civitatis Goslarie et quoscumque alios, qui sua crediderant interesse, ad sibi collaborandum evocare valebant* ...“ (UB. III, S. 153 Z. 14 v. u.). S. auch Zycha S. 123. Wegen der Erwähnung der kaiserlichen Briefe überhaupt s. unten S. 191f.

⁶ „... *quod neutra pars et nulla privata persona de parte debet novas adinventiones laborum mineralium et hactenus ac antiquitus inconsuetas intra et extra montem, presertim opera mineralia concernentes initiare absque scitu et voluntate alterius partis et in prejudicium ipsius, sed quelibet pars debet stare contenta in antiquitate hereditatis sue et in modo laborum antiquitus consueto*“ (UB. III, S. 154 Z. 14).

besitz zusammengelegt und auf gemeinschaftliche Kosten nach dem Verhältnis von $\frac{3}{4}$ für die Stadt und $\frac{1}{4}$ für Walkenried gebaut, nach dem gleichen Maßstabe auch der Gewinn geteilt werden. Die Vertragsschließenden werfen für diesen Fall ihren gesamten Besitz am Berge in die Gemeinschaft ein¹, außerdem verpflichten sie sich, daß niemand seine Rechte ohne Wissen und Einverständnis der Gegenpartei veräußern oder sonst darüber verfügen dürfe.²

Den Verfechtern der Echtheit der Urkunde ist ohne weiteres einzuräumen, daß die Zweifelsgründe Neuburgs zum Teil auf einer unrichtigen Interpretation des Schriftstückes beruhen³, zum Teil auch durch die inzwischen erfolgte Erschließung des Goslarer Quellenmaterials ihre Erledigung finden.⁴ Aber auch wenn man die Auffassung, welcher diese Schriftsteller huldigen, zugrunde legt, fällt die Urkunde völlig aus dem Rahmen der sonstigen, die Verhältnisse des Bergbaus am Rammelsberge behandelnden Zeugnisse heraus und bereitet nach anderen Richtungen hin der Erklärung Schwierigkeiten.

Neuburg hatte den Standpunkt eingenommen, daß ein gemeinschaftlicher Betrieb des Bergbaus in der in der Aufzeichnung vorgesehenen Weise nicht in Frage kommen könne, da von Walkenried aus anderen Nachrichten bekannt sei, daß es bereits 1310 Besitzrechte an Gruben hatte, deren übrige Teile sich nicht in der Hand der Stadt befanden. Übereinstimmend heben demgegenüber Bode und Zycha hervor, daß sich das Abkommen nur auf die Gruben der beiden Parteien erstrecke. Hierbei geht aber Bode⁵ davon aus, daß bei dem Abschluß des Vertrages vom 23. VI. 1310 der Bergbau am Rammelsberge im wesentlichen nur noch durch die Stadt und das Kloster betrieben sei. Weiland dagegen scheint mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Vertrag von dem Rate nicht nur für sich als Grubenbesitzer, sondern auch als Vertreter der grubenbesitzenden Bürger abgeschlossen sei. Von Weiland und Zycha wird weiter bemerkt, daß die Vereinbarung die Begründung einer Gewerkschaft auch nicht unmittelbar vorsehe,

¹ „... et sic dehinc et in antea antiquum jus et possessio, quod et quam partes predictae ... hucusque in monte divisim habebant, debet transire in communem utilitatem novorum laborum et ipsis partibus predictis in communem profectum, ita quod de cetero nulla debet esse divisio inter partes nomine et ex parte montis“ (UB. III, S. 154 Z. 11 v. u.).

² „... quod nulla de partibus predictis debet jus suum, quod habet vel habere potest intra vel extra montem, presertim concernens opus minerale, vendere, donare, locare aliis sive spiritualibus sive secularibus personis, vel quovis modo alienare absque scitu, voluntate ac consensu alterius partis“ (UB. III, S. 155 Z. 7).

³ Vgl. hierzu insbesondere Weiland, Gött. gel. Anz. 1893, S. 315f.; Zycha S. 120 Anm. 143.

⁴ Vgl. z. B. Bode, UB. III, Einl. S. XXXIV.

⁵ Vgl. UB. III, Einl. S. XXXII.

sondern sie lediglich als Eventualität ins Auge fasse, der erstere betont sogar ausdrücklich, daß die Gewerkschaft höchstwahrscheinlich überhaupt nicht ins Leben getreten sei.¹

Bode, mit dessen Ansicht ich mich zuerst beschäftige, räumt ein, daß in den Urkunden nach 1310 noch einer größeren Anzahl anderer am Bergbau berechtigter Personen gedacht werde, da mehrfach Verkäufe und Auflassungen von solchen in jener Zeit verlaublich werden. Allein schon damals sei der Bergbau infolge der Wassergefahr stark im Niedergang begriffen gewesen. Infolgedessen hätten die Inhaber von Bergteilen diese entweder wüst liegen lassen oder den keinen Nutzen bringenden, sondern erhebliche Zubußen erfordernden Besitz verschleudert. Die als Erwerber auftretenden Bürger aber, namentlich der häufiger erwähnte Tile Unruhe, seien nichts anderes als Strohmänner gewesen, die der Rat vorgeschoben habe, um den derzeitigen Regalherren die Tatsache zu verschleiern, daß er selbst hinter den Käufern stand und seinen eigenen Machtbereich am Berge auszudehnen bemüht war. Allein wenn sich auch schon zu Anfang des 14. Jahrhunderts infolge der Wassernot gewisse Beeinträchtigungen für den Bergbau geltend gemacht haben mögen, so erhellt doch aus den Urkunden nicht, daß sie bereits jetzt eine so durchgreifende Umgestaltung der Eigentums- und Betriebsverhältnisse zur Folge gehabt hätten, wie sie von Bode vermutet wird. Die vorhandenen Zeugnisse ergeben, daß zahlreiche Bergteile sich in anderer Hand als der des Klosters oder der Stadt, namentlich im Besitze der Goslarer Stifter und Kirchen, befanden.² Es ist auch in keiner Weise ersichtlich, daß die fremden Bergteile damals nicht mehr genutzt wären und der eigentliche Bergbau sich auf die walkenriedischen und die städtischen Gruben beschränkt hätte.³ Ebenso wenig läßt sich aus dem Urkumentum dieser oder der späteren Zeit der Nachweis erbringen, daß die sämtlichen als Erwerber von Berggut genannten Bürger lediglich als Mittelspersonen des Rats tätig geworden seien. Im Gegenteil tun Nachrichten aus der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dar, daß sehr viele Grubenteile noch damals von einzelnen Bürgern besessen wurden und erst jetzt, und zwar verschiedentlich nur unter einem von seiten des Rates ausgeübten Drucke auf die Stadt übergegangen sind.⁴ Dies gilt namentlich auch von einem

¹ Gött. gel. Anz. 1893, S. 317.

² Vgl. z. B. die Güterverzeichnisse des Stiftes Neuwerk von 1340 und 1355 (UB. IV, 126, 525).

³ S. die Register UB. III, S. 751, IV, S. 726—729. Außer den allerdings die Mehrheit bildenden Verkäufen kommen auch andere Abmachungen vor, z. B. Verpfändungen (UB. IV, 413, 595, 763), Pachtverträge (UB. IV, 157), Begabung eines Altars im Domstift mit Bergteilen (UB. IV, 580).

⁴ Vgl. z. B. UB. V, 907, 947.

großen Teil des Bergbesitzes der Familie Unruhe, der im Jahre 1398 an den Rat aufgelassen wurde.¹

Richtig ist an den Ausführungen Bodes so viel, daß der Rat bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts unmittelbar einen weitgehenden Einfluß auf den Bergbau auszuüben in der Lage war, da er bei einer Anzahl von Goslarer Stiftern und Kirchen die Vermögensverwaltung durch die von ihm eingesetzten Vormunden beaufsichtigte² und da die meisten der als Käufer von Gruben bezeugten Persönlichkeiten zu den Ratsgeschlechtern gehörten und insofern seiner Einwirkung zugänglich waren. Allein dies ist etwas anderes, als die beherrschende Stellung, die Bode dem Rate im Verein mit dem Kloster für das Jahr 1310 zuweist. Zutreffend ist ferner, daß der Rat später die von Bode geschilderte Politik des Vorschiebens von Stroh Männern getrieben hat. Es dreht sich dabei aber um eine Entwicklung, die nicht vor der Mitte des Jahrhunderts in vollem Umfange begonnen hat und die zusammenhängt mit dem katastrophalen Niedergang des Bergbaus am Rammelsberge, der etwa um 1360 eintrat und allerdings zu entscheidenden Änderungen im Bergwesen führte. Zugegeben werden muß endlich, daß aus den ziemlich dürftigen Nachrichten über die Besitzverteilung am Rammelsberge bis nach dem Beginn des 14. Jahrhunderts kein völlig sicheres Bild der Sachlage zu gewinnen ist. Während ich aber mit den hieraus gezogenen Folgerungen Bodes übereinstimme, soweit der Bergbesitz Walkenrieds in Frage kommt, weiche ich ab hinsichtlich der Beurteilung der Anteilnahme der Stadt.

Ich glaube mit Bode, daß das Stift Walkenried ähnlich, wie es an einer früheren Stelle für das Stift Neuwerk in Goslar hervorgehoben wurde³, um 1310 über weit mehr Grubenteile am Rammelsberg verfügt hat, als die erhaltenen Urkunden erkennen lassen. Dafür spricht der Umstand, daß sich das Stift schon seit Jahrhunderten der Förderung und der Verhüttung der Erze im Harze gewidmet hatte⁴, und die lange Dauer der Beziehungen zu Goslar, die aus der Urkunde Ottos IV. vom 24. XII. 1209 zweifelsfrei erhellt.⁵ Es ist auch möglich, daß, wie Bode bemerkt, das Stift gerade um das Jahr 1310 diese Beziehungen

¹ Ich verweise auf die bei Neuburg S. 73, 76 besprochene Urkunde vom 16. I. 1398 (UB. V, 1079). Eine eingehendere Begründung für die im Texte gemachten Angaben werde ich in einem in den Hans. Geschichtsblättern 1919 S. 103f. erscheinenden Aufsatz, der die Verzeichnisse über den Grubenbesitz des Goslarer Rates am Rammelsberge um das Jahr 1400 behandelt, geben.

² Wegen des Verhältnisses des Rates zu dem Bergbesitz der Klöster Neuwerk und Frankenberg in Goslar siehe z. B. Bode, UB. III, Einl. S. XXII; IV, Einl. S. XXVI; Schiller, Bürgerschaft und Geistlichkeit in Goslar 1290—1365 (Stuttgart 1912), S. 108f.; Denker, Harz-Z. 1918, S. 76, 77.

³ S. oben S. 166 Anm. 5.

⁴ Vgl. Leuthold S. 304f.

⁵ S. auch UB. I, 384.

weiter auszubauen beabsichtigte, da es nur wenig später das Haus der Familie von Barum ankaupte und zu einem Klosterhofe einrichtete.¹ Dagegen vermag ich den Darlegungen Bodes über die Anteilberechtigung der Stadt Goslar am Bergbau bereits um diese Zeit nicht beizupflichten. Denn es ist doch auffällig, daß, wie Bode selbst betont,² bis zum Vertragsabschluß und noch lange nachher außer der vorliegenden keine einzige Urkunde vorhanden ist, welche die Stadt Goslar als Erwerberin von Gruben am Rammelsberge aufführt. Auch wenn man eine auf die Verschleierung der Eigentumsverhältnisse am Berge gerichtete Politik des Rates von der ausgeprägten Tendenz, wie sie Bode vorschwebt, schon für das Jahr 1310 unterstellt, verliert diese Erscheinung keineswegs alles Befremdliche, da nicht einzusehen ist, inwiefern selbst ein sich in bescheidenen Grenzen bewegender eigener Bergbesitz der Stadt den Bestrebungen des Rates gegenüber den Regalherren hätte gefährlich werden können. Es steht ferner das spätere Vorgehen des Rates, welches die auf die Erlangung eines möglichst ausgedehnten Maßes an eigenem Bergbesitz gerichteten Bestrebungen zuletzt ziemlich unverhüllt zum Ausdruck brachte, in kennzeichnendem Gegensatze zu der von ihm in der ersten Hälfte des Jahrhunderts geübten Zurückhaltung.³ Man muß auch daraus schließen, daß der Rat sich erst nach Jahrzehnten der die Vereinigung der Mehrzahl der Gruben des Rammelsberges in der Hand der Stadt bezweckenden Politik zugewandt hat, deren Erfolge Bode bereits für das Jahr 1310 im wesentlichen voraussetzt. Meines Erachtens ist der Beweis nicht erbracht, daß die Stadt schon bald nach 1300 zu den Hauptanteilseignern am Rammelsberge zählte.⁴

Von Bode abweichend deutet Weiland an⁵, daß der Rat beim Vertragsabschlusse vielleicht nicht nur für sich als Grubenbesitzer, sondern zugleich als Vertreter der am Berge berechtigten Bürger tätig geworden sei.⁶ Allein man müßte doch erwarten, daß ein solches Ver-

¹ Vgl. UB. Goslar III, 358, 359, 361 (1315).

² UB. III, Einl. S. XXXI.

³ Näheres darüber werde ich an dem oben S. 180 Anm. 1 genannten Orte mitteilen.

⁴ Auch die Vermutung Bodes (UB. III, Einl. S. XXXII, XXXIII), daß die Verlautbarung des Verkaufs und der Auflassung häufig dem tatsächlichen Übergang des Besitzes nachgefolgt sei, klärt die Sachlage nicht völlig. Es bleibt doch sonderbar, daß die Urkunden über die Verkäufe der Herren von der Gowische an die Unrowes sich über die Jahre von 1318 bis 1362 verteilten (s. die Register UB. III, S. 750, 751, IV, S. 726—729). Wenn der Rat Grubenbesitz erworben hat, was natürlich trotz des Fehlens sonstiger Nachrichten darüber nicht ausgeschlossen ist, so kann dieser meines Erachtens nur von verhältnismäßig geringem Umfange gewesen sein.

⁵ Gött. gel. Anz. 1893, S. 317.

⁶ Weiland findet eine Bestätigung für diese Annahme in den Worten der Urkunde „*quod neutra pars et nulla privata persona de parte debet novas adin-*

hältnis in der Vereinbarung einen deutlicheren Ausdruck gefunden hätte oder daß sich wenigstens aus anderen Aufzeichnungen etwas Näheres darüber ergäbe. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil ist hinsichtlich der Herren von der Gowische, die Weiland namentlich erwähnt, zu betonen, daß die Familie damals die Inhaberin von Zehnten und Gericht des Berges war¹ und daß infolgedessen ein Widerstreit zwischen ihren Interessen und denen der Stadt vorlag, so daß nicht abzusehen ist, inwiefern der Rat berufen gewesen sein sollte, bei den Abmachungen mit Walkenried an die Stelle der Familie zu treten. Ferner begegnen außer den Goslarer Bürgern in Gestalt z. B. der königlichen Stiftungen in der Stadt sowie von auswärtigen Adelsgeschlechtern noch weitere Teilhaber, die im beträchtlichen Umfange Grubenteile besaßen und deren Vertretung durch die Stadt ebenfalls nicht ohne weiteres als selbstverständlich erschien.

Muß man aber das Abkommen im Gegensatz zu Bode und Weiland allein auf den gemeinschaftlichen Bergbesitz Goslars und Walkenrieds unter Ausschluß der zahlreichen anderen damals noch vorhandenen Berechtigten oder muß man es sogar nur auf einen Teil dieses Besitzes beschränken², so ist sein Wirkungsbereich sehr eng. Es berührt dies merkwürdig in sachlicher Hinsicht, da man mutmaßen sollte, daß die angestrebten Ziele sich am besten unter Mitwirkung aller Beteiligten oder doch ihrer zweifellosen Mehrzahl erreichen ließen, aber auch in formeller Beziehung, da die Bedeutsamkeit des Inhalts der Urkunde dann nicht in dem richtigen Verhältnis zu der gewählten Ausdrucksweise und Ausstattung stehen würde. Daneben kommt noch ein weiteres in Betracht. Die Vereinbarung bezweckt, worauf Weiland und Zycha ebenfalls hinweisen, nicht unmittelbar die Bildung einer Gewerkschaft, sondern faßt sie nur bedingt, nämlich für den Fall der Notwendigkeit, zu einer komplizierteren Art des Betriebes überzugehen, „*novi modi laborum, fodinarum et aqueductuum intra ipsum montem sive extra*“ in Anwendung zu bringen, ins Auge. An sich wäre es ja nicht undenkbar, daß man das Verhältnis zwischen den Parteien in dieser gewissermaßen theoretischen Weise, für die keine andere Bergurkunde ein Beispiel bietet, regelte, aber doch wohl nur dann, wenn man schon damals mit Sicherheit die Notwendigkeit voraussah, Einrichtungen der in dem Vertrage näher bezeichneten Art in absehbarer Zeit zu treffen. Soweit aber die Urkunden ein Urteil gestatten, ist im Verlauf der nächsten

ventiones ... initiare“ (s. oben S. 177 Anm. 6). Ich weiche in der Auslegung dieser Bestimmung von Weiland ab (s. darüber unten S. 189). Vgl. auch v. Inama-Sternegg S. 164 Anm. 2.

¹ Neuburg S. 60f.

² Zycha S. 120 Anm. 123 bemerkt, daß der Vertrag sich nicht auf den gesamten Grubenbesitz von Goslar und Walkenried erstreckte, sondern nur auf die eventuell gemeinsam zu bauenden Gruben.

40 Jahre eine als wesentlich anzusprechende Umgestaltung des Betriebes nicht erfolgt. Die überlieferten Nachrichten, die in der Regel Veräußerungen von Berggut behandeln und bei denen auch das Kloster Walkenried gelegentlich erwähnt wird¹, lassen in keiner Weise erkennen, daß sich eine Änderung vollzogen oder auch nur angebahnt hat.

Diese Erwägungen zwingen zu der Auffassung, daß hier eine Abmachung beurkundet ist, für deren ungewöhnlichen Inhalt die sonst bekannten und quellenmäßig belegten Zustände des Goslarer Bergbaus keine ausreichende Stütze gewähren. Nimmt man die ungewöhnliche äußere Erscheinung der Vorlage und die oben geschilderten Eigentümlichkeiten der inneren Form hinzu, so liegt meines Erachtens genügender Anlaß vor, die Echtheit der Aufzeichnung zu verneinen.

Dieses im Endergebnis, aber nicht in der Begründung mit Neuburg übereinstimmende Urteil vermag der Umstand nicht zu erschüttern, daß ein Teil der Einwendungen Neuburgs durch die bisherige Kritik als auf Mißverständnis beruhend oder als bedeutungslos nachgewiesen und daher bei der bisherigen Erörterung nicht berücksichtigt ist. Zur Bekräftigung unserer Ansicht aber können noch einige weitere Momente angeführt werden, die sich zwar außerhalb des Bereiches der eigentlichen Urkundenkritik bewegen, die aber für die Einschätzung des Gesagten von Belang sind. Das eine, dem ich allerdings weniger Gewicht beimessen möchte, besteht darin, daß die am Schlusse der Aufzeichnung erwähnte Gegenurkunde fehlt und daß auch das Dringenbergsche Register der Walkenrieder Urkunden keinen Hinweis auf eine solche enthält.² Hier würde mit einem Verlust der Urkunde oder damit zu rechnen sein, daß aus uns unbekannten Gründen die beabsichtigte Herstellung einer zweiten Ausfertigung für das Stift unterblieben ist. Von Bedeutung scheint mir jedoch zu sein, daß auch in dem Archivregister des Goslarer Rates vom Jahre 1399 die Aufzeichnung übergangen ist. Denn obgleich in das Register nur die wich-

¹ Siehe UB. III, 348 (1314).

² In dem alphabetisch geordneten Besitzverzeichnis des Klosters Walkenried, das dem Dringenbergschen Register beigelegt ist, findet sich in dem Goslar betreffenden Abschnitt (s. Bl. 143) die Bemerkung: „*Nota habuimus ibi quondam partem in Rammesberg, de quo concordatum fuit cum Goslar. (Goslariensibus?) V H et in eodem monte II octavas partes X Q, que et cum aliis vendite sunt X Q* [am Rande ist zugesetzt: *et sunt etiam vendite*]“. Die römischen Zahlen und großen Buchstaben beziehen sich auf die Bezeichnungen der Originalurkunden und verweisen auf die vorderen Teile des Registers. Wegen V H ist zu vergleichen die Notiz Bl. 50: „*Conradus abbas init concordiam cum Goslar., quomodo scilicet debeat servari cum minera Rammesberg, sed quia eadem bona vendita sunt, non curo eandem scribere. Datum anno MCCCCXXIIII in octava Pe. et Pauli.*“ Gemeint ist hier also nicht der Vertrag vom 23. VI. 1310, sondern eine Urkunde vom 6. VII. 1424, Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 713 (s. unten S. 186 Anm. 5). X Q ist das oben S. 167 Anm. 2 mitgeteilte Regest der Urkunde vom 19. V. 1309 (UB. III, 201).

tigeren Urkunden aufgenommen werden sollten, so müßte man doch damit rechnen, daß gerade ein derartiges Schriftstück nicht fehlen würde, dessen Inhalt für die Rechtsbeziehungen zwischen Kloster und Stadt selbst dann, wenn tatsächlich die Gründung dieser ersten Gewerkschaft unterblieben sein sollte, einen besonderen Wert besaß, und daß ferner der kaiserlichen Privilegien, die nach der Urkunde an die Stadt ausgehändigt wurden, wenigstens Erwähnung geschehen wäre. Endlich sollte man erwarten, daß wegen des Verzichtes des Stiftes auf die ihm von den Herrschern verbrieften Rechte irgendwie eine kaiserliche Bestätigung der getroffenen Abmachungen erfolgt oder in Erwägung gezogen wäre. Allein auch hiervon verlautet nichts.¹

Rückt nach dem Gesagten die von der herrschenden Meinung verworfene Möglichkeit, daß eine Fälschung vorliegt, wieder in den Vordergrund, so fragt es sich weiter, ob Anhaltspunkte dafür zu gewinnen sind, zu welchem Zwecke und zu welcher Zeit die Fälschung etwa verübt sein könnte und ob sich die Persönlichkeit des Fälschers oder wenigstens diejenige Stelle, auf deren Betreiben oder in deren Interesse die Fälschung bewirkt ist, ermitteln läßt.

An sich wäre ein Dreifaches denkbar. Neuburg² erblickt den Anlaß zur Fälschung in den späteren Streitigkeiten zwischen der Stadt Goslar und den Herzögen von Braunschweig, die sich hauptsächlich um den Besitz des Rammelsberges drehten und bei denen beide Parteien ihre Ansprüche mit allen Mitteln zu begründen und durchzusetzen suchten. Allein es fällt nicht leicht, eine Beziehung zwischen diesen Kämpfen und dem Inhalt der Urkunde zu entdecken, und ich möchte eine derartige Richtung der Fälschung als unbewiesen ansehen, zumal auch nicht erhellt, daß von der Urkunde jemals bei den Auseinandersetzungen zwischen Goslar und Braunschweig wegen der Rammelsberger oder wegen der Walkenriedischen Besitzungen in und bei Goslar³ Gebrauch gemacht wäre. Sodann könnte es sich handeln um eine Fälschung aus späterer Zeit, die nicht mit jenen Zwistigkeiten zusammenhängt, sondern lediglich bezweckte, ein weiter zurückreichendes

¹ Der Gewerkschaftsvertrag vom 1. VII. 1418 (s. unten S. 186) ist am 15. X. 1422 durch Kaiser Sigismund bestätigt (Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 696, s. Neuburg S. 90 Anm. 2). Man könnte jedoch auch annehmen, daß wegen der bedingten Form der Vereinbarung vom 23. VI. 1310 hier einstweilen von der Einholung der kaiserlichen Genehmigung abgesehen ist. Für wahrscheinlicher möchte ich allerdings halten, daß die Bezugnahme der Urkunde auf nicht näher bezeichnete kaiserliche Privilegien für das Stift auf Fälschungstendenzen schließen läßt. Über einen ähnlichen Vorgang in Köln vgl. K. Beyerle (an der oben S. 171 Anm. 5 angegebenen Stelle) S. 41.

² S. 21 Anm. 1.

³ Vgl. Holzmann, Irrungen zwischen Braunschweig-Wolfenbüttel und Goslar wegen Walkenried, Hercyn. Archiv S. 84—102.

Zeugnis für den Bergbau des Stiftes bei Goslar zu beschaffen. Für diese Auffassung ließe sich verwerten, daß sich in einer ganzen Anzahl unbeglaubigter Nachrichten, und zwar vornehmlich solcher, deren Quelle die Aufzeichnungen von der Hardts sind, trotz aller sonstigen Verschiedenheiten gerade die Beteiligung des Stiftes Walkenried in der gleichen Weise wiederholt. Dieser Umstand begünstigt die Vermutung, daß die Überlieferung planmäßig beeinflusst ist in der Absicht, das Vorhandensein eines gewerkschaftlich organisierten Bergbaus am Rammelsberge unter Mitwirkung des Stiftes schon für eine Zeit darzutun, in der hiervon noch nicht gesprochen werden kann. Man könnte also die Fälschung zurückführen auf das Bestreben, durch eine ältere Vorlage die Berichte der Chroniken über jene ersten Gewerkschaften zu stützen. Jedoch ist es bei den sehr konkret gehaltenen Angaben des Schriftstückes wahrscheinlicher, daß ein bestimmter Vorgang den Beweggrund zur Anfertigung der Urkunde abgegeben hat. Auch setzt die Art, wie die Urkunde hergestellt ist, ein Maß an Geschicklichkeit und an Vertrautheit mit der äußeren Urkundentechnik voraus, über das Fälscher der späteren Zeit wohl nur ausnahmsweise verfügten. Bei von der Hardt insbesondere ist zu beachten, daß seine Machwerke in der Regel nicht in die Form von Originalurkunden gekleidet, sondern als Abschriften angeblich echter Vorlagen in seine Zusammenstellungen aufgenommen sind, überdies auch, daß ihre Fassung gewisse typische Eigentümlichkeiten aufweist, die stark von dem vorliegenden Schriftstück abweichen.¹ Es muß daher die Annahme einer Fälschung aus dem späteren Mittelalter, die auf von der Hardts Tätigkeit zurückgeht oder sich wenigstens in den gleichen Bahnen bewegt wie diese, ebenfalls abgelehnt werden. Alsdann bleibt noch eine dritte Möglichkeit, die meines Erachtens das Richtige trifft, daß nämlich die Entstehung der Urkunde schon in eine verhältnismäßig frühe Zeit fällt und daß sie in Verbindung zu bringen ist mit der Neuordnung des Goslarer Bergwesens am Anfang des 15. Jahrhunderts, bei der seit dem Jahre 1418 das Kloster Walkenried mit einem Viertel beteiligt war.

Aus der Nichterwähnung des Vertrages in dem Archivregister der Stadt von 1399 darf man folgern, daß die Urkunde erst nach diesem Jahre niedergeschrieben ist. Andererseits ist, wie bereits angedeutet wurde, in graphischer Hinsicht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem Gesamteindruck des Schriftstückes und dem anderer Aufzeichnungen des Goslarer Stadtarchivs aus dem Ende des 14. und dem Beginn des 15. Jahrhunderts, insbesondere auch des Archivregisters selbst, zu beobachten, so daß einer Verlegung der Fälschung in die Zeit um 1400

¹ Beispiele für Fälschungen von der Hardts abgesehen von den oben S. 165 besprochenen Urkunden s. UB. II, 610 (dazu die Bemerkungen Bodes S. 583f.), IV, 140, V, 906. Vgl. auch Frölich, Hans. Geschichtsbl. 1919 S. 121 Anm. 3.

nicht ohne weiteres durch die Behauptung eines älteren, auf den Anfang des 14. Jahrhunderts hinweisenden Schriftcharakters zu begegnen ist. In der Zeit bald nach 1399 aber spielen sich auch die Ereignisse ab, auf die der Inhalt der Urkunde zwanglos bezogen werden kann.

Im Jahre 1407 gründete der Rat, nachdem seine bisherigen Bemühungen zur Hebung des Bergbaus ohne Erfolg geblieben waren, eine Gewerkschaft, deren Mitglieder zu je einem Viertel er selbst, der für die Wiederingangsetzung des Bergwerks gewonnene Unternehmer Gabriel von Magdeburg, sowie zwei Gruppen von Goslarer Bürgern bildeten.¹ Als dieser Versuch mißlungen war, wurde im Jahre 1418 eine zweite Gewerkschaft ins Leben gerufen, bei der ebenfalls wieder eine Vierteilung stattfand, indem der Rat, das Stift Walkenried und ein Konsortium von 15 Goslarer Bürgern je ein Viertel übernahmen, während das letzte Viertel zu gleichen Teilen für das Domstift in Goslar und den jetzt verpflichteten Unternehmer Michael von Broda vorbehalten wurde.² Hier erscheint also das Stift Walkenried zum ersten Male in einer einwandfreien urkundlichen Aufzeichnung mit einem Viertel an dem Goslarer Bergbau — und zwar handelt es sich dabei um den gesamten Bergbau des Rammelsberges — beteiligt.³ Allerdings hat das Stift wegen der mit der Inbetriebnahme des Bergbaus verbundenen Auslagen diese Stellung nicht lange zu behaupten vermocht. Bereits kurze Zeit darauf hat sich Walkenried der Hälfte seines Anteils entäußert, indem es je $\frac{1}{16}$ an die Klöster Michaelstein⁴ und Scharnebeck⁵ verkaufte. Aber auch das restliche Achtel, das noch bei den im Jahre 1432 mit Nikolaus von Ryden geführten neuen Verhandlungen erwähnt wird⁶, ist bald danach aufgegeben, es ist im Jahre 1444 von dem Rate und den Bürgern der Stadt Lüneburg erworben.⁷

¹ Vgl. Neuburg S. 76f.; Opet S. 238 und Anm. 8 daselbst, 241 Anm. 4, 247 Anm. 6, 293, 307 Anm. 29, 309, 313, 318 Anm. 36, 319 Anm. 41, 340 Anm. 28, 342, 353 Anm. 112, 361; v. Inama-Sternegg S. 195 Anm. 1.

² Neuburg S. 90f.

³ Wegen der vorliegenden Urkunden vgl. Neuburg S. 90 Anm. 2. Die Ausfertigung des Vertrages zwischen Walkenried und Goslar selbst ist danach nicht erhalten.

⁴ Urkunde vom 20. V. 1424 (Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 707). S. auch die Urkunden vom 29. VI. 1424 und vom 5. I. 1425 (daselbst Nr. 710 und 719).

⁵ Urkunde vom 18. VI. 1424 (Sudendorf, Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg VIII, Anm. zu Nr. 263 Ziffer 1). Vgl. ferner die Urkunden vom 29. VI. 1424 und vom 6. I. 1425 (Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 709 und 720) sowie die Urkunde vom 5. I. 1425 (Sudendorf VIII, Anm. zu Nr. 263 Ziffer 3). Auf beide Veräußerungen bezieht sich die Urkunde vom 6. VII. 1424 (Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 713). Vgl. Neuburg S. 98 Anm. 1.

⁶ Siehe Neuburg S. 99. Vgl. auch v. Strombeck, Harz-Z. 1870, S. 1020—1022.

⁷ Neuburg S. 103 und Anm. 2 u. 3 daselbst.

Hält man sich nun gegenwärtig, daß sowohl nach dem Vertrage von 1407 wie nach dem von 1418 der Bergbau am Rammelsberge von vier Parteien betrieben werden sollte und daß im Jahre 1418 das Stift Walkenried gerade mit einem Viertel in die Gewerkschaft eintritt, so liegt der Gedanke nahe, ob nicht in diesen Abmachungen der Schlüssel zu einer Beantwortung der Frage nach Zeitpunkt, Urheber und Zweck der Fälschung zu suchen ist. Hierfür sprechen in der Tat gewichtige Gründe.

Die Bedeutung des Vertrages von 1407, auf dem im wesentlichen auch die Vereinbarung von 1418 beruht, ist dahin zu kennzeichnen, daß der Rat in grundsätzlicher Abkehr von der bisher befolgten Politik zur Bildung einer Großgewerkschaft unter Zuziehung anderer Interessenten schreitet. Eine endgültige Beseitigung der den Bergbau bedrohenden Wassernot war nur zu erreichen durch eine großzügige, eine Verbesserung der unzulänglichen Technik des Betriebes darstellende Anlage, als welche nach den örtlichen Verhältnissen eine Kunst oder ein Stollenbau zur Wasser- und Wetterlösung in Betracht kam. An eine solche hatte der Rat bereits im Jahre 1360 gedacht, wie der Vertrag mit Meister Arnd von Arnheim¹ ausweist, vielleicht war sogar schon vorher von den Sechsmannen etwas Ähnliches in Aussicht genommen.² Die erheblichen Summen, die hierzu erforderlich waren, hatte man ursprünglich in der Weise aufgebracht, daß die Sechsmannen und später der Rat bei Goslarer Bürgern und bei Privatleuten außerhalb der Stadt Darlehen aufnahmen und sie zum Nutzen des Berges verwandten.³ Dagegen lag die Ausführung der beabsichtigten Maßregeln und die Leitung des Bergbaus ausschließlich in der Hand der Sechsmannen und nach der in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erfolgenden Auflösung der Korporation der Montanen und Silvanen in der des Rates. Offenbar hat sich zu Anfang des 15. Jahrhunderts aber die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß auf diesem Wege eine durchgreifende Besserung der Zustände im Bergwerk wegen der Beschränktheit der zu Gebote stehenden Mittel nicht zu erzielen sein würde und daß nur durch die Gewinnung von finanziell leistungsfähigen Gewerken ausreichende Geldbeträge beschafft werden könnten. Um jedoch dem Rate, auf dessen Initiative die sich stets wiederholenden Versuche zur Behebung der Wassergefahr zurückgingen, die Vorteile zu sichern, mit denen bei einer Wiederbelebung des Bergbaus mit Bestimmtheit zu rechnen war, hatte er in doppelter Richtung Vorsorge zu treffen. Einmal kam es darauf an, die Ansprüche abzuschneiden, die etwa von den früheren Besitzern von Bergteilen geltend gemacht werden konnten.

¹ UB. IV, 684, Neuburg S. 52, 69, 70.

² Vgl. Neuburg S. 54, 55, 92.

³ Siehe z. B. Register UB. IV, S. 710, 725.

Sodann mußte dem Rate daran gelegen sein, sich von vornherein in der neu zu gründenden Gewerkschaft das Übergewicht zu wahren, um auf diese Weise auch in Zukunft eine maßgebende Einwirkung auf den Bergbau am Rammelsberge zu behalten.

In der ersteren Beziehung ist schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß der Rat bereits im 14. Jahrhundert, wenn auch wohl erst gegen Ausgang desselben, planmäßig eine Vermehrung seines Bergbesitzes in die Wege geleitet hat.¹ Daß hierbei der Erfolg nicht ausgeblieben ist, tun die umfangreichen Verzeichnisse von den Teilen des Rates am Rammelsberge dar, die am Ende des 14. Jahrhunderts aufgestellt sind.² Man wird daher mit Neuburg³ vermuten dürfen, daß um jene Zeit die bisherigen Eigner von Bergteilen im wesentlichen ausgeschaltet waren. Immerhin scheint es dabei nicht ohne Widerstreben abgegangen zu sein⁴, und die Möglichkeit, daß aus den ehemaligen Besitzverhältnissen Rechte abgeleitet und dem Rate Hindernisse bereitet wurden, war nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Was sodann den zweiten, oben hervorgehobenen Punkt anbelangt, so läßt der Gewerkschaftsvertrag von 1407 deutlich erkennen, daß der Rat nur zögernd und mit großer Vorsicht die bisher beschrittene Bahn verläßt. Es macht mir durchaus den Eindruck, daß der Rat noch bis in den Anfang des 15. Jahrhunderts hinein an der Hoffnung festgehalten hat, allein unter Anspannung seines eigenen Kredits und unter weitgehender Ausnutzung der Kapitalkraft seiner Bürger, die ihm lediglich als Darlehnsgeber gegenübertraten, der vorliegenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Als er sich aber im Jahre 1407 zur Aufnahme von Mitgewerken entschloß, da waren es zunächst wiederum nur Goslarer Bürger, welche an den beiden Vierteln beteiligt wurden, die nicht für die Stadt und den für die Arbeit ins Auge gefaßten Unternehmer bestimmt waren. Auf sie war der Rat ungeachtet ihrer Stellung als Mitgewerken in der Lage, einen gewissen Druck auszuüben. Als jedoch die erste Gewerkschaft ihr Ziel nicht erreichte⁵ und sich die Notwendigkeit des Zurückgreifens auch auf andere, nicht dem Kreise der Bürger angehörige Teilhaber ergab, mußte der Rat in erhöhtem Maße sein Augenmerk darauf richten, sich gegen einen überragenden Einfluß der fremden Gewerken zu schützen.

¹ Vgl. Neuburg S. 70f.; Bode, UB. III, Einl. S. XXXIf.; Frölich, Hans. Geschichtsbl. 1915, S. 59, 60; 1919 S. 113f.

² Vgl. Schaumann, Vaterl. Archiv des hist. Vereins für Niedersachsen 1841, S. 341; Neuburg S. 73f.

³ S. 77, 78. Ich nehme auch hier Bezug auf die oben S. 180 Anm. 1 erwähnte Abhandlung.

⁴ Neuburg a. a. O.

⁵ Neuburg S. 90.

Betrachtet man nun den Inhalt der Urkunde vom 23. VI. 1310 unter dem Gesichtswinkel einer Fälschung, die zu dem Zwecke erfolgt ist, bei dem Abschluß der späteren Gewerkschaftsverträge dem Rate die Behauptung seiner bisherigen Stellung zu erleichtern, so rückt er sofort in neue Beleuchtung. Der angebliche Vertrag von 1310 sieht einen künftigen Betrieb des Bergbaus unter Anwendung bisher unbekannter technischer Hilfsmittel vor, wie er zweifellos den Anstoß zur Begründung der Gewerkschaften von 1407 und 1418 gegeben hat. Derartige Einrichtungen sollen nach der Urkunde nur im Einverständnis beider Parteien getroffen werden, die an den Aufwendungen, an Verlust und Gewinn nach dem Verhältnis von 3 zu 1 zu beteiligen sind. Stehen sich nach dem Wortlaut der Vereinbarung auch die Vertragsschließenden an sich gleichberechtigt gegenüber, so erscheint der Rat doch durch die Höhe seines Anteils ohne weiteres als der ausschlaggebende Faktor, was sich zunächst in allen die Technik des Betriebs berührenden Fragen zeigen, aber auch bei sonstigen Maßnahmen von Bedeutung hervortreten mußte. Der Verteilungsmaßstab ist vielleicht gewählt in Anlehnung an die Bedingungen des Gewerkschaftsvertrages von 1407, in dem neben dem Viertel des Rates noch zwei Viertel in den Händen von je 5 Goslarer Bürgern genannt werden, da in diesem Falle der Rat auch in bezug auf die im Besitz der Bürger befindlichen Hälfte des Bergwerks in gewissem Umfange als vertretungsberechtigt erachtet werden konnte. Die gleiche Tendenz, dem Rate eine wirksame Handhabe zur Geltendmachung der von ihm erstrebten Rechtsstellung zu bieten, kommt sodann in einer Anzahl weiterer Bestimmungen des Vertrages zum Ausdruck, so z. B. in den Vorschriften über die wechselseitige Übertragung der beiden Parteien zustehenden Berechtigungen und über die Unauflöslichkeit der Verbindung¹, sowie in dem Verbot der Verfügung über die Anteile ohne Wissen und Einverständnis des Gegners.² Aber auch dem fernerem oben berührten Momente der Abschneidung etwaiger Ansprüche sonstiger Grubenbesitzer bei der Wiederaufnahme des Bergbaus mit Hilfe der zu errichtenden Anlagen trägt das Abkommen Rechnung. Einmal soll ein jeder nicht in die Gewerkschaft fallender gemeinschaftlicher Besitz an Bergteilen zwischen den Parteien ausgeschlossen sein.³ Hierdurch ließ sich den Schwierigkeiten vorbeugen, die aus der Tatsache entspringen konnten, daß noch andere Personen an den Gruben berechtigt waren oder berechtigt zu sein behaupteten, von denen sich Anteile im Eigentum der Stadt oder

¹ UB. III, S. 154 Z. 5 v. u.: „*partes uniunt se perpetue federe indissolubili*“.

² S. oben S. 178 Anm. 2.

³ So fasse ich im Zusammenhang mit den vorhergehenden Worten den Satz auf „*ita quod de cetero nulla debet esse divisio inter partes nomine et ex parte montis*“ (vgl. UB. III, S. 154 Z. 7 v. u.).

des Stifts befanden. Sodann wurde auch etwaigen Versuchen derartiger nicht zu den Gewerken gehöriger Anteilbesitzer ein Riegel vorgeschoben, ihrerseits zu einer neuen Art des Betriebs überzugehen und so vielleicht die Maßnahmen des Rates zu durchkreuzen, die von ihm getroffenen Einrichtungen zu schädigen oder sich unberechtigterweise den Mitgenuß an denselben zu verschaffen.¹

In diesem Urteil über die Bedeutung des Schriftstückes werde ich bestärkt dadurch, daß die geschilderte Tendenz nicht nur in den materiellen Bestimmungen der Urkunde zutage tritt, sondern daß sie auch in den schon früher von mir als auffällig gekennzeichneten Angaben ausgeprägt erscheint, die über das Zustandekommen der Urkunde gemacht werden. Danach ist die Stellung, auf welche das Stift zugunsten der Stadt verzichtet, begründet in bestimmten, im einzelnen nicht genauer beschriebenen Privilegien, die von dem Abte dem Rate ausgeliefert werden. Die Vorrechte, welche die Stadt bei späteren Vertragsschlüssen etwa auf Grund der Urkunde beanspruchte, erscheinen somit nicht als Ausfluß einseitiger Machtbestrebungen des Rates, sondern sie sind verankert in früheren Gunsterweisungen der Herrscher für das Stift², ihr Übergang auf die Stadt und die Geltendmachung durch diese erscheint letzten Endes noch als ein Gott wohlgefälliges Werk.³

Deuten diese Überlegungen auf einen nahen inneren Zusammenhang der Aufzeichnung mit den Verhältnissen, die bei dem Abschluß der Gewerkschaftsverträge in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts vorlagen, so läßt sich auch ein Umstand äußerer Art anführen, der für das Bestehen derartiger Beziehungen spricht. Von Neuburg⁴ ist ein Beweis für die Unechtheit der Urkunde unter anderem aus der Einsetzung eines aus je zwei von den Parteien erwählten Personen und erforderlichenfalls einem fünften Obmanne zusammengesetzten Schiedsgerichts für etwaige Streitigkeiten hergeleitet. Der Einwand ist, wie Weiland⁵ und Bode⁶ mit Recht betonen, nicht stichhaltig. An sich zwingen weder allgemeine Erwägungen noch Rücksichten be-

¹ Siehe UB. III, S. 154 Z. 14 (s. oben S. 177 Anm. 6). Vgl. hierzu auch oben S. 181 Anm. 6.

² UB. III, S. 153 Z. 14 v. u. (s. oben S. 177 Anm. 5). Es liegt auf der Hand, daß aus einer solchen Bestimmung der Rat das Recht herleiten konnte, die Beteiligung anderer Personen als der in erster Linie genannten Bürger der Stadt in einer lediglich seinen Interessen entsprechenden Weise zu regeln.

³ UB. III, S. 153 Z. 3 v. u.: „*interposuerunt se, ut creditur, divinitus inspirati viri sapientes et timorati, et concordarunt ac pacarunt dissencionem predictam hoc modo . . .*“.

⁴ S. 22.

⁵ Gött. gel. Anz. 1893, S. 317, 318.

⁶ UB. Goslar III, Einl. S. XXXIII, XXXIV.

sonderer und örtlicher Art mit Notwendigkeit zu der Annahme, daß das in dem Abkommen erwähnte Schiedsgericht eine mit der Sachlage zur Zeit der Ausstellung der Urkunde nicht verträgliche Einrichtung bilde.¹ Sonderbar berührt es aber, daß der auf die Anrufung des Schiedsgerichts bezügliche Passus der Aufzeichnung vom 23. VI. 1310, von einigen belanglosen Kleinigkeiten abgesehen, mit fast genau den gleichen Wendungen in dem in deutscher Sprache abgefaßten Gewerkenvertrage vom 28. VI. 1418² wiederkehrt und aus diesem in demselben Wortlaute auch in die späteren den Rammelsberger Bergbau betreffenden Abkommen von 1424³, 1432⁴ und 1444⁵ übergegangen ist. Bei der Übereinstimmung der Fassung drängt sich die Vermutung auf, daß die Vorschriften des einen Vertrages in wörtlicher Übersetzung in den anderen aufgenommen sind.⁶ In sonstigen Goslarer Urkunden des 14. Jahrhunderts begegnet die hier gewählte Form nicht. Das Befremdliche der Erscheinung bleibt bestehen, auch wenn man sich vergegenwärtigt, daß bei den auf die Vereinbarung von Schiedsgerichten bezüglichen Festsetzungen der Urkunden ein gewisses Schema üblich sein mochte.

Bei dieser Sachlage scheint mir die Auffassung gerechtfertigt zu sein, daß es sich bei der Urkunde vom 23. VI. 1310 um eine in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts gehörige Fälschung handelt, deren Zweck es war, ein urkundliches Vorbild für die Rechtsstellung der Stadt bei den damals abgeschlossenen Gewerkschaftsverträgen zu schaffen, die Ansprüche der Stadt auf einen ausschlaggebenden Einfluß im Bergwesen bei der Wiederbelebung des Bergbaus zu tragen und ihnen einen Rückhalt an angeblichen kaiserlichen Privilegien zu verleihen. Eine

¹ Ein Beispiel für ein Schiedsgericht, das eine gewisse Ähnlichkeit mit dem in der Urkunde vom 23. VI. 1310 erwähnten zeigt, bietet UB. Stadt Hildesheim I, 498 (Vergleich zwischen Geistlichkeit und Bürgerschaft in Hildesheim vom 24. XI. 1295). Einen Goslarer Vorgang s. Urk. v. 12. III. 1410, Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 638 1 a.

² Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 676 (erwähnt bei Neuburg S. 90 Anm. 2).

³ Vgl. oben S. 186.

⁴ Urkunde vom 16. VI. 1432 (Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 739).

⁵ Urkunde vom 15. VI. 1444 (Or. Goslar Stadtarchiv Nr. 770).

⁶ Die Urkunde vom 28. VI. 1418 lautet an der in Betracht kommenden Stelle: „Wanner dat ok geschege, dat jennich twidracht edder unwille upstuden twisschen one und uns vorgenanten rade . . . van dusser eininge wegen edder wu dat tokeme, so ne scholde de partye, der na orem dunckende unrecht schege, nicht eynen krich anslan vor den richteren, se syn geistlick edder wertlick. Sunder de partye beyde schullet dat to frede bringen in solker wyse, dat jowelk partye schal to sek nemen unde keisen twene wyse manne, eynen papen und eynen leyen, unde de vere de schullet de sake erkennen und schullet se richten in fruntschup edder in rechte. Kunnen se afer seck nicht eynen und de sake entrichten, so schullen se to seck nehmen eynen veyften wysen man und weme de tofalt, de partye schal recht beholden und dusse schedunge schal scheyn in unser stadt Goßler in eynen ferndel jares ane alle geverde.“ Vgl. auch die Urkunde vom 5. I. 1425 bei Sudendorf, UB. zur Gesch. der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg VIII, S. 263 Anm. 3.

derartige Tendenz würde ihre Begründung finden in den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie im Goslarer Bergbau zu Anfang des 15. Jahrhunderts obwalteten und auf die Notwendigkeit der Errichtung neuer und leistungsfähigerer Anlagen hinwiesen, und kommt auch in den einzelnen Bestimmungen des Schriftstückes deutlich zum Ausdruck. Bei einer Verlegung der Anfertigung der Urkunde in jene Zeit, die der Schriftcharakter nicht ausschließt, und bei ihrer Kennzeichnung als eines bestimmte Ziele verfolgenden Machwerkes verliert nicht nur ihr Inhalt, sondern auch ein großer Teil der Besonderheiten, die im Hinblick auf Stil, Wortwahl und sonstige Eigenheiten der inneren Form aufstießen, alles Befremdliche. Endlich bietet sich eine zwanglose Erklärung dafür, daß nur ein Exemplar der Urkunde in anscheinend unbesiegeltem Zustande, und zwar im Goslarer Stadtarchiv, vorhanden ist.

Blicken wir von hier aus nochmals zurück auf die Nachrichten, welche das Verhältnis des Stiftes Walkenried zu dem Bergbau am Rammelsberge betreffen, so ist lediglich die Tatsache einer schon länger dauernden, ihrem Umfange nach aber nicht näher bekannten Beteiligung des Stiftes am Bergbau durch das Diplom Kaiser Ottos vom 24. XII. 1209 und eine Anzahl von Besitzveränderungen an einzelnen Grubenteilen des Stiftes im 14. Jahrhundert durch einige spätere Quellen in einwandfreier Weise urkundlich bezeugt. Das, was sonst in Betracht kommt, sind Erzählungen von Chroniken ohne Beweiskraft oder Fälschungen. Diese Mitteilungen zweifelhaften Wertes lassen sich in drei Gruppen einreihen. Als älteste Fälschung ist anzusprechen das vielleicht unter Benutzung der Urkunden vom 17. VII. 1306 und vom 19. V. 1309 und in Anlehnung an sie hergestellte Schriftstück vom 23. VI. 1310, das in den Anfang des 15. Jahrhunderts zu setzen ist¹ und mit dem Abschluß der damals geplanten Gewerkschaftsverträge zusammenhängt. Einer weit späteren Zeit entstammt der Hinweis auf eine Anteilnahme des Stiftes am Rammelsberger Bergbau im Jahre 1157, der zuerst ohne Quellenangabe durch die Eckstorm'sche Chronik vermittelt und aus dieser, gelegentlich mit Abweichungen hinsichtlich der Jahreszahl oder der übrigen Berechtigten, in die späteren Schilderungen des älteren Goslarer Bergwesens übergegangen ist.

¹ Über die ebenfalls auf die Verhältnisse des Bergbaus und Hüttenbetriebes bezüglichen, in die Mitte des 15. Jahrhunderts zu verlegenden Fälschungen der UB. III, 38, 71 wiedergegebenen Urkunden vom 5. XII. 1302 und vom 6. VIII. 1304 s. Denker, Zwei gefälschte Urkunden im 3. Bande des Urkundenbuches der Stadt Goslar, Harz-Z. 1917, S. 49—64, insbes. S. 60, 61; ferner das. 1918 S. 77. Als Beweis dafür, daß zu jener Zeit in Goslar auch sonst umfangreiche Fälschungen vorkamen, kann eine Notariatsverhandlung vom 19. I. 1398 über verschiedene Urkunden des Domstiftes gelten, die von dem Pfarrer Konrad von Peine in Heere untergeschoben waren (UB. V, 1080).

Hierbei mag das Bestreben eine Rolle gespielt haben, ein über das vorhandene Urkundentum zurückreichendes geschlossenes Tatsachenmaterial vorzutäuschen. Das Fehlen eigentlicher urkundlicher Zeugnisse hat dann wohl für die Fälscherinstinkte von der Hardts den Anlaß geboten, der dürftigen Überlieferung nachzuhelfen und ihr durch einige selbstverfertigte Urkunden einen diplomatischen Rückhalt zu geben. Ein verbindendes Glied zwischen den verschiedenen unzuverlässigen Nachrichten liegt insofern vor, als sich übereinstimmend die Beteiligung des Stiftes Walkenried an dem Bergbau bei Goslar mit einem Viertel bei ihnen allen wiederholt. Diese Angabe scheint aus dem ersten Vertrage vom 28. VI. 1418 in die späteren Aufzeichnungen übernommen zu sein. Bei der angeblichen Urkunde vom 23. VI. 1310 findet sie ihre Grundlage möglicherweise bereits in den Bestimmungen des Gewerkschaftsvertrages von 1407.

In einer Richtung bleiben Zweifel bestehen. Es ist mangels weiterer Anhaltspunkte nicht mit Sicherheit zu sagen, ob die Urkunde etwa schon vor dem Vertrage von 1418 gefälscht wurde, um bei den hier beabsichtigten Abmachungen als Vorbild für die Regelung der Beziehungen zwischen Stadt und Stift und den übrigen Parteien zu dienen oder ob sie vielleicht erst bestimmt gewesen ist, die Rechtslage der Stadt gegenüber denjenigen Gewerken zu verbessern, welche später in den Besitz der ehemals Walkenried gehörenden Anteile gelangt oder sonst in die Gewerkschaft eingetreten sind. Im ersteren Falle würde die Herstellung der Aufzeichnung zwischen 1407 und 1418 anzusetzen sein, während für den zweiten Fall mit einem etwas jüngeren Entstehungsdatum zu rechnen wäre.

Als treibende Kraft bei der Fälschung aber muß meines Erachtens der Goslarer Rat gelten, der durch sie die Interessen der Stadt zu fördern bezweckte und der bereits bei der Anlegung des Archivregisters bewiesen hatte, daß ihm bei der Erreichung seiner Ziele auch nicht völlig zu billige Wege als gangbar erschienen.¹ Über die Persönlichkeit des Fälschers selbst ist allerdings nichts Näheres zu ermitteln.

¹ Das Register enthält bei zahlreichen Urkunden Vermerke des Rates über die Bedeutsamkeit der Aufzeichnung und Ratschläge für die zukünftigen Rats Herrn über die Art ihrer Benutzung (vgl. Bode, UB. III, Einl. S. XIII). Wie diese Ratschläge zum Teil geartet waren, zeigt eine Notiz zu einer Urkunde, die eine Verpfändung des Steinbergs bei Goslar an den Rat durch die Brüder Heinrich und Thedel von Walmoden für 100 Mark vorspiegelt und aus der hervorgeht, daß die Urkunde lediglich zum Schein ausgestellt ist. Es heißt hier Bl. 60: „Aver de sate is dar umme ghedan, icht dem rade we to spreke umme den Stenbergh, duchte òn denne na guder vrunde rade nütte syn, so mochten se de sate vor sek nemen. Aver de rad en schal de van Walmeden umme de C mark nicht manen, wenne se hebbet dem rade dene breff to gude gegheven. Doch so schullet de van Walmeden òn de sate unde breve to gute holden, icht dem rade ansprake kemme umme den Steinbergh unde se de sate vor sek nemen, alse vor gheschreven steyt.“ Vgl. auch das

Kürzer kann ich mich fassen hinsichtlich derjenigen Mitteilungen, welche die Bergverfassung am Rammelsberge betreffen und keine unmittelbare Verknüpfung mit dem von dem Stifte Walkenried dort betriebenen Bergbau aufweisen. Zu erwähnen sind einerseits einige Hindeutungen auf die Schicksale des Goslarer Bergzehnten, andererseits eine beschränkte Anzahl von Nachrichten, welche mit den Änderungen der Verfassungsverhältnisse, die sich im Laufe des 13. Jahrhunderts angebahnt haben, in Verbindung stehen.

Die älteste Kunde von dem Zehnten am Rammelsberge ist enthalten in einer *Chronica ducum de Brunswick*.¹ Sie besagt, daß Heinrich IV. um das Jahr 1080 „*decimam montis Goslarie*“ an Widukind von Wolfenbüttel verleihend habe, das Lehen sei aber bald wieder heimgefallen, da Widukind ohne männliche Leibeserben verstorben sei. Die Erzählung ist unbeglaubigt, Gewicht wird ihr nicht beizumessen sein.² Von dem Bergzehnten ist sodann wieder in dem Diplom Lothars III. vom 7. II. 1131 für das Stift Riechenberg in der Form die Rede, daß der Kaiser dem Stift gegenüber für etwa auf dessen Gebiet neu angelegte Bergwerke auf den Zehnten verzichtet.³ Über den Charakter der Urkunde als einer Fälschung ist nach den Untersuchungen Klinkenborgs⁴ ein Zweifel nicht mehr gestattet.⁵ Das erste nicht zu beanstandende Quellenzeugnis, in dem der Goslarer Bergzehnten erscheint,

merkwürdige Verfahren, das sich aus UB. V, 1151 ergibt. Danach übersendet Hans Meise am 21. XII. 1399 dem Vogte Rolef von Barum den Entwurf einer vom 30. XI. 1399 datierten Urkunde wegen der Ablösung der UB. IV, 659—661, V, 940, 947, 1089, 1090 erwähnten Rente von 3 Mark aus dem Zehnten des Rammelsberges mit der Bitte um Besiegelung. An diese Urkunde ist ein Papierzettel in gleichzeitiger Schrift angeheftet, auf welchem steht: „Dat me dessen breff jemende wisede, dat were schedeliker wenne nutte, id en were, dat Hans Meise spreke, he enhedde on nicht ghewillekōret.“

¹ Mon. Germ. Deutsche Chroniken II, 581 (vgl. dazu UB. I, 144 und S. 520 daselbst). Auf sie nimmt noch neuerdings Arndt S. 101 Bezug.

² So Weiland, Hans. Geschichtsbl. 1884, S. 18 Anm. 1; Neuburg S. 32 und Anm. 2 daselbst; Zycha S. 16 Anm. 32. Neuburg vermutet hier einen Versuch, die Ansprüche der Herzöge von Braunschweig auf die Regalrechte am Rammelsberge in möglichst frühe Zeiten zurückzuverlegen.

³ UB. I, 177 (S. 211).

⁴ Die Privilegien Lothars von Supplinburg für das Augustinerstift Riechenberg bei Goslar, Zeitschr. des hist. Ver. für Niedersachsen 1899, S. 102—117, insbes. S. 107f. Daselbst S. 108 Anm. 10 auch die bisherige Literatur.

⁵ Ich führe die Urkunde an, da sie von Zycha (S. 25, s. auch Anm. 67 daselbst und S. 27 Anm. 74) im Hinblick auf die Zeit der Fälschung zum Beweise einer „contemporären“ Rechtsanschauung von dem Erlaß des kaiserlichen Bergzehnten zugunsten einzelner Grundherren herangezogen wird. Es verdient jedoch Hervorhebung, daß die allein zu berücksichtigende Ausfertigung C erst etwa um das Jahr 1300 fällt (vgl. Bode, UB. Goslar I, S. 213, Klinkenborg S. 117). Arndt S. 100) behandelt die Urkunde noch als echt.

bildet daher die bekannte Urkunde vom August 1235¹ über die Begründung des Herzogtums Braunschweig, in der Friedrich II. Otto dem Kinde u. a. „*decimas Goslarie imperio pertinentes*“ verleiht.² Ihr schließen sich einige weitere Nachrichten aus dem 13. Jahrhundert an, gegen deren Zuverlässigkeit gleichfalls Einwendungen nicht geltend zu machen sind.³

An Urkunden, die sonst noch eine wenn auch nicht sehr erhebliche Ausbeute für die Erkenntnis der Goslarer Bergwerksverfassung versprechen, sind aus dem 13. Jahrhundert nur wenige zu nennen. In dieser Hinsicht ist lediglich aufmerksam zu machen auf die dürftigen Bestimmungen des großen Freiheitsbriefes Friedrichs II. für Goslar vom Jahre 1219⁴, welche die Rechte der Silvanen berühren⁵, auf die etwas ergiebigeren Vorschriften der Bergordnung des Herzogs Albrecht von Braunschweig für den Harz vom 25. IV. 1271⁶, sowie auf das Urkundentum, das sich auf die Erledigung der Streitigkeiten zwischen den städtischen Gilden und den Montanen und Silvanen im Jahre 1290 bezieht.⁷ Hier sind Bedenken von Gewicht gegen die Glaubwürdigkeit der Aufzeichnungen nur erhoben bei der Bergordnung Herzog Albrechts⁸, deren Echtheit von Weiland⁹ bestritten, jedoch von Bode¹⁰ in einer meines Erachtens zutreffenden Weise verteidigt ist. In jüngeren Darstellungen sind mir Anzweiflungen der Urkunde nicht mehr begegnet.¹¹ Meinungsverschiedenheiten bestehen allerdings in der Richtung, ob es sich hier um von dem Herzog als Inhaber der Regalrechte und Territorialherrn erlassene Statuten oder um eine auf Vertrag beruhende Ordnung der sämtlichen Beteiligten handelt.¹²

¹ UB. I, 544. Die frühere Urkunde UB. I 485 (erwähnt bei Günther Harz-Z. 1909 S. 31; 1915 S. 186; Denker das. 1918 S. 56) bezieht sich nicht auf den Rammelsberger Bergbau.

² Vgl. Brandt, Die Urkunde Friedrichs II. vom August 1235 für Otto von Lüneburg, Quellen und Forschungen zur braunschweig. Geschichte VI (Festschrift für Paul Zimmermann), S. 33—46.

³ UB. I, 601, 602, II, 116, 147.

⁴ UB. I, 401.

⁵ Dasselbst Nr. XLIV, XLIX.

⁶ UB. II, 169. Wegen der angebl. Berggesetze von 1186 (Meyer S. 39; Arndt S. 100 Anm. 1) s. Neuburg S. 53 Anm. 1.

⁷ UB. II, 403—406, 412.

⁸ Oppermann, Hans. Geschichtsbl. 1911, S. 114 Anm. 2, 121 Anm. 1 glaubt bei dem Privileg Friedrichs II. von 1219 mit Einschreibungen rechnen zu können. Das Original der Urkunde (Goslar Stadtarchiv Nr. 4) gewährt jedoch keine Anhaltspunkte für diese Annahme.

⁹ Hans. Geschichtsbl. 1885, S. 58 Anm. 2; Gött. gel. Anz. 1893, S. 319f.

¹⁰ UB. Goslar II, Einl. S. 7—17.

¹¹ Vgl. Zycha S. 119, 120; v. Inama-Sternegg S. 193 Anm. 1; Arndt S. 100f., 211.

¹² Vgl. hierzu Weiland, Hans. Geschichtsbl. 1885, S. 58 Anm. 2 a. E.; Zycha S. 119, 120 Anm. 142; Arndt S. 101 einerseits, Bode, UB. II, Einl. S. 9f. andererseits.

Das Ergebnis unserer Erörterungen können wir dahin zusammenfassen, daß es für den Goslarer Bergbau in den ersten 200 Jahren seit seinem Aufkommen an zuverlässigen, für die Erkenntnis der älteren Bergwerksverfassung verwertbaren Nachrichten so gut wie völlig fehlt und daß auch der Quellenbestand aus der Zeit vom Anfang des 13. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts noch dürftiger ist, als man bisher in der Regel angenommen hat. Scheidet aber nach dem Gesagten von den ohnehin sehr spärlichen Zeugnissen ein weiterer Teil als unecht oder wenigstens bedenklich aus, und wird den hierauf gestützten Schlußfolgerungen der Boden entzogen, so muß eine neue Grundlage für die Betrachtung der Verhältnisse des Goslarer Bergbaus in den Anfängen seiner Entwicklung gefunden werden. Der Versuch einer Lösung dieser Aufgabe geht über den Rahmen des vorliegenden Aufsatzes hinaus, er bleibt einer besonderen Arbeit vorbehalten.
